

# Braune Gefahr für Deutschland

Ein Text von Andreas Speit



## Inhalt

<b>Vorwort von Angelika Beer</b>	<b>3</b>
<b>1. Kapitel: »Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen«</b>	<b>7</b>
Jeder dritte Schüler mit rechtsextremem Gedankengut • Rassismus, Antisemitismus und Sexismus in der Mitte der Gesellschaft • Der NPD-Kurs unter Udo Voigt • Die NPD-Gravitationsfeld im Rechtsextremismus • Die Niederlage in Niedersachsen • Wortergreifungsstrategie • Hausgemachte Probleme: Fehlendes Geld • »Der Hauptgegner heißt CSU«	
<b>2. Kapitel: »Kein großer Freund dieser Form des Parlamentarismus«</b>	<b>17</b>
Sachsen – immun gegen Rechtsextremismus? • Die NPD im sächsischen Landtag • Die DVU im Landtag von Brandenburg • Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern • Demokratische gewählt, aber keine demokratische Partei	
<b>3. Kapitel: »Zuerst die Kommunen, dann die Landtage«</b>	<b>25</b>
Ausgrenzung kommunal unterlaufen • Bundesweit über 125 NPD-Kommunalvertreter • Süplingen: »Der ist gegen Ausländer« • Völklingen: »Die hat noch nie gesprochen« • Anklam: Rechte »Lebenshilfe« • Stralsund: »Zwei Blödköpfe« • Die Verfassung als Waffe gegen Rechtsextremismus? • Wahlausschlüsse bei Landratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern • NPD kandidiert in vier Kreisen in Schleswig-Holstein • Das Problem beginnt nicht in den Rathäusern, sondern in den Köpfen • Normalisierungsstrategie entlarven!	
<b>4. Kapitel: »Singen und Tanzen für Deutschland« – Rechtsrock mehr als Musik</b>	<b>33</b>
Musik – ideal zur Vermittlung politischer Botschaften • Rechter Versandhandel • Waffen und Musik – Hausdurchsuchung bei Thorsten Heise • Rechte Symbiose: NPD und Rechtsrock • Rechte Szeneklamotten • Rechte Multimedia-Offensive: NPD-Schulhof-CD	
<b>5. Kapitel: »Wir leben Kameradschaft«</b>	<b>41</b>
Szeneeigene Netzwerke: Heimmattreue Deutsche Jugend und Gemeinschaft Deutscher Frauen • HDJ: »Geistige und körperliche	

Wehrhaftigkeit ausbilden« • »Germanische Wettkämpfe« • »Völkisch-nationale Parallelwelt« • Hitler-Jugend, Wiking-Jugend, Heimattreu Deutsche Jugend • »Ring Nationaler Frauen« und »Gemeinschaft Deutscher Frauen« • Ersatzorganisation der Wiking-Jugend

## **6. Kapitel: »Wir machen dich fertig« 50**

Bützow – »Deutschland den Deutschen« • Polizei mit schwerwiegenden Führungsfehlern • Gericht ignoriert politischen Hintergrund • »Kaum ein Tag vergeht ohne Übergriffe« • Sangershausen – Asylunterkunft zum dritten Mal angegriffen • »Zum Thingplatz« in Sangerhausen – »Die Jungs und Mädels fahren teilweise zwei Stunden« • Der Club 88 in Neumünster – »Da gehen auch Nicht-Rechte hin« • Dithmarschen: Anstieg rechter Gewalt um mehr als 100 Prozent • Sachsen-Anhalt: Manipulierte Zahlen • Aufstand der Zuständigen notwendig • Mehr Passanten griffen ein • Aktion Noteingang

## **7. Kapitel: »Ideale Gebäude« 58**

»Hier sollen Nazis einziehen« • Riegers Immobiliengeschäfte • Der Heisenhof in Dörveden • Ein Landgut in Schweden – Notschlachtung statt EU-Förderung • »Eigene Immobilien als Fundament für ökonomische Autonomie« • Delmenhorst: Initiative für Abwehrkauf • Melle: Stadt ließ sich nicht erpressen • Scheinkauf oder echte Erwerbsabsichten?

## **8. Kapitel: »Europa der Vaterländer« 64**

EU = Fremdbestimmung • Argumentativer Rückgriff auf die »Neue Rechte« • Der Kampf um die Köpfe – gegen Globalisierung und US-Eroberer • Rechte Schulungszentren – grenzüberschreitende Netze • Die extrem-rechte Europafraktion »Identität, Tradition, Souveränität« • Am eigenen Rassismus zerbrochen • Nein zur EU – kein Nein zur Europawahl

## **Literaturhinweise 73**

## **Links gegen Rechts 75**

## **Autorenhinweis 80**

## **Impressum 80**

## **Liebe Freundinnen und Freunde, Liebe Antifaschistinnen und Antifaschisten**

die NPD ist verfassungsfeindlich, anti-demokratisch und menschenverachtend. Daran besteht kein Zweifel. Die Strategien gegen Rechtsextremisten sind dagegen schon deutlich umstrittener. Seit Jahren – gerade in Wahlkampfzeiten – wiederholt sich der Ruf nach einem Parteienverbot. Als würden damit dann alle Probleme gelöst. Wir aber wissen: Rechtsextremismus lässt sich nicht durch Verbote und Repressionen von oben bekämpfen. Vielmehr müssen wir ihn von unten mit Zivilcourage und demokratischen Mitteln bekämpfen.

Mit der Broschüre »Rechtsextremisten in Norddeutschland« habe ich diesen Weg begonnen und über die rechte Szene von Emden bis nach Anklam, von Flensburg bis in den Harz informiert. Die große Nachfrage und die positiven Reaktionen haben mich darin bestärkt, nun mit diesem Heft – in bewährter Zusammenarbeit mit Andreas Speit – die rechtsextremen Entwicklungen bundesweit zu analysieren. Wer den Rechtsextremismus von unten bekämpfen will, muss wissen, wie die Rechten agieren – von der Gemeindeebene über die Landesparlamente bis hin nach Berlin und Europa. Dazu will ich mit »Braune Gefahr für Deutschland« beitragen.

Eine eindeutige Führungsrolle in der rechten Szene in Deutschland – sowohl unter den Parteien, aber auch im Hinblick auf die so genannten Freien Kräfte – hat die NPD übernommen. Unabhängig davon, wie der der Bundesparteitag der NPD in Bamberg Ende Mai ablaufen wird – Brüche in der NPD Führung sind schon heute deutlich erkennbar und werden früher oder später aufbrechen. Bundesschatzmeister Erwin Kemna wurde wegen des Vorwurfs der Veruntreuung festgenommen, gegen Parteichef Udo Voigt wurde wegen Volksverhetzung Anklage erhoben, ebenso gegen die Landesvorsitzenden von Brandenburg und Thüringen Klaus Beier und Frank Schwerdt. – Die neue Einigkeit der rechtsextremen Szene, wie sie etwa in der »Volksfront von Rechts« und die Wahlabsprachen im Rahmen des »Deutschlandpaktes«, die noch bis 2009 gelten, zum Ausdruck kommt, kann die internen Konflikte nicht auf Dauer überdecken. Nach dem Scheitern in Niedersachsen gibt es klare Anzeichen

für ein neues Aufbrechen der alten Konflikte. Das Drei-Säulen-Konzept – der Kampf um die Straße, um die Köpfe und um die Parlamente – wird von Teilen der Partei ebenso in Frage gestellt, wie die Zusammenarbeit mit den »Freien Kameradschaften«. Auch Parteichef Voigt ist mittlerweile alles andere als unumstritten.

Dennoch: Grund zur Entwarnung gibt es deshalb nicht. Mitte April wurden die bisher unveröffentlichten Zahlen des Verfassungsschutzes bekannt, nach denen die Zahl der Rechtsextremisten weiter zunimmt. Sollbruchstellen gab es auch in der Europäischen Zusammenarbeit der Rechtsextremisten. Die Fraktion »Identität Tradition Souveränität« – gewissermaßen eine »Internationale der Nationalisten« – zerbrach nach kaum einem Jahr ihres Bestehens am eigenen Rassismus. Aber mit Blick auf die Europawahlen droht eine neue Einigung der rechtsextremen Parteien Europas. Über den Umweg Straßburg fanden sich im Herbst 2007 die sonst tief zerstrittenen Vorsitzenden von NPD, DVU, Republikanern und Pro Köln bei einem Treffen europäischer Rechtsextremer zusammen.

Im Kapitel »Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen« werden Wahlkampfstrategien und -themen der NPD umrissen, das Verhältnis zu den Kameradschaften dargestellt. Ihre parlamentarische Arbeit wird in »Kein großer Freund dieser Form des Parlamentarismus« überprüft und ihre kommunalen Verankerungsbestrebungen in »Zuerst die Kommunen, dann die Landtage« untersucht. Das Verhältnis der NPD zur Rechtsrockszene wird in »Singen und Tanzen für Deutschland« aufgezeigt. In »Wir leben Kameradschaft« werden die meist im Hintergrund der Szene agierende »Heimatreue Deutsche Jugend« und die »Gemeinschaft Deutscher Frauen« vorgestellt, sowie der »Ring Nationaler Frauen«. Die Straf- und Gewalttaten aus der Szene, der Umgang der Behörden und das Alleinlassen von Opfern rechter Gewalt werden in »Wir machen dich fertig« dargestellt. In »Ideales Gebäude« steht Immobilienerwerb durch Akteure der rechten Szene im Vordergrund. Kaufziele und Scheingeschäfte werden vorgestellt. Die EU-Positionen werden in »Europa der Vaterländer« vertieft und die Intellektualisierungs-Intentionen der NPD vorgestellt.

Im Kampf gegen Rechts gibt es keine einfachen Lösungen. Mit dieser Broschüre will ich Anregungen geben. Wie schon bei unserer Veröffentlichung »Rechtsextremisten in Norddeutschland« möchte ich auch mit der vorliegenden Broschüre »Braune Gefahr für Deutschland« über

Strategien der Rechtsextremisten informieren und mit Ihnen bzw. Euch mögliche Gegenstrategien diskutieren, Erfahrungen austauschen und gemeinsame Aktionen starten.

Eine Aktion, die mir besonders am Herzen liegt, ist die Aktion Noteingang, die ich mit den Landesverbänden der Grünen in Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern neu gestartet habe. Während andere auf ein neues Verbotungsverfahren setzen, will ich mit Ihnen und Euch jenseits der juristischen Frage den mühsamen Weg der kleinen Schritte im demokratischen Kampf gegen Rechts gehen. Ich danke allen, die mich dabei bisher begleitet haben, und freue mich auf weitere spannende und hoffentlich positive Begegnungen und Erfahrungen.

Ihre und Eure  
*Angelika Beer*

## 1. Kapitel: »Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen«

Hinter Sicherheitstüren liegt die Berliner Parteizentrale. Die Fahne mit dem Logo der NPD hängt an der Fassade, Stacheldraht sichert das Gelände in der Seelenbinderstraße. Nur wenige Gehminuten von S-Bahnhof Köpenick ist das Bundesbüro entfernt. Imbissbuden, mal mit Buletten, mal mit Döner wechseln sich an der Straße ab. Vor gut acht Jahren hat die NPD das Haus mit der Nummer 42 bezogen. Fremde Besucher werden im Windfang gemustert. Im ersten Stock residiert Udo Voigt. Hinter seinem Schreibtisch steht ein Fahnenständer mit NPD-Fahne. An jenem dunklen Tisch hat der langjährige Bundesvorsitzende manche Parteistrategie ausgearbeitet, um aus der früheren »Altherrenpartei« eine neue Wahl- und Gesinnungspartei zu entwickeln. Bürgernah, jugendgemäß und wählbar soll die Partei erscheinen. Hier im Bezirk Treptow-Köpenick zog Voigt auch mit 5,3 Prozent ins Bezirksparlament. Im Stimmbezirk 433, zu dem die Seelenbinderstraße gehört, votierten gar 11,2 Prozent für die NPD. »Die Leute klopfen mir schon mal auf die Schultern, wenn ich zum Mittagessen gehe«, berichtet Voigt gegenüber den Medien gern. »Im Umfeld ihrer Geschäftsstelle gibt sich die Partei bieder und volkstümlich« betont Bianca Klose von der Mobilien Beratung gegen Rechts-extremismus und hebt hervor »Sie macht auf gute Nachbarschaft«. Nicht nur in der »Reichshauptstadt«, wie die Neonazis Berlin bezeichnen.



NPD-Parteichef Udo Voigt (r) und sein Vize Holger Apfel (l)

### Jeder dritte Schüler mit rechtsextremem Gedankengut

In der Mitte der Gesellschaft findet die NPD einen guten Boden für ihre Politik. Auf der Innenministerkonferenz im April 2008 wurden erste Ergebnisse einer vertraulichen Studie über Schüler vorgestellt. Fast jeder dritte deutsche Schüler stimmte »voll und ganz« zu, dass in Deutschland zu viele Ausländer lebten. Ein weiteres Drittel der mehr als 30.000 Befragten quer durch alle Schulformen räumte ein, dem »eher« zu zustimmen. Jeder fünfte der befragten Neuntklässler ließ zudem islamfeindliche Einstellungen erkennen. Eine Straftat mit rechtem Hintergrund begangen zu haben gab jeder 13. Jugendliche an – von Hakenkreuz-Schmiererei bis »Angriffe auf das Eigentum von Ausländern«. In der Studie des Bundesinnenministeriums und des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen wurden 50.000 Neuntklässler in 61 zufällig ausgefallenen Städten und Landkreisen befragt. Mehr als 30.000 beantwortete Fragebögen lagen auf der Konferenz in Bad Saarow vor. Die Ergebnisse korrespondieren mit weiteren Erhebungen.

### Rassismus, Antisemitismus und Sexismus in der Mitte der Gesellschaft

In der Studie »Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« stellen seit Jahren Sozialforscher um Wilhelm Heitmeyer ein Anwachsen von Ressentiments fest. Im Jahr 2007 befragten sie rund 2000 repräsentativ ausgewählte Personen. Von den Befragten denken 54,7 Prozent: »Es leben zu viele Ausländern in Deutschland« und 29,7 Prozent möchten, dass »wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer (...) in ihre Heimat zurückschicken«. 39 Prozent gaben an, sich »durch die vielen Muslime hier« »manchmal wie ein Fremder in eigenen Land« zu fühlen und 29 Prozent möchten »Muslimen« die Zuwanderung nach Deutschland untersagen. Dass »Juden (...) ihrer Verfolgung mitschuldig« seien, denken 15,6 Prozent. Und dass »Frauen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen« sollten, glauben 28,5 Prozent. Die Langzeitstudie offenbart nicht bloß die gängigen Ressentiments zwischen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus. Im vergangenen Jahr gaben 38,8 Prozent an, dass ihnen »die Obdachlosen in den Städten (...) unangenehm« seien, 12,7 Prozent finden »viele Forderungen von Behinderten« überzogen und 60,8 Prozent denken: »Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen«. Unterstellte Vorurteile verwoben mit vermeintlichen Wahrnehmungen. Eine gesellschaftliche Stimmung, die die NPD in den vergangenen Jahren versucht, für ihre politischen Vorstellungen zu nutzen.

### Der NPD-Kurs unter Udo Voigt

Seit 2004 ist der neue Kurs der NPD in der Partei durchgesetzt. In jenem Jahr zog die Partei in Sachsen mit 9,2 Prozent in den Landtag. Erstmals nach fast 30 Jahren war sie wieder in einem Landesparlament. Der Erfolg ließ Kritik an der strategischen Umorientierung und ideologischen Neuausrichtung verstummen. Nach seinem Amtsantritt 1996 lenkte Voigt im Bundesvorstand, besonders unterstützt von Holger Apfel und Peter Marx, die neue Ausrichtung ein. Diese fordert vor allem von den Parteimitgliedern das Aufgreifen von sozialen Themen und die Verankerung vor Ort im Gemeinde- und Vereinsleben. Unermüdlich erklärt Voigt: »Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen – Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden«. Und er betont immer wieder: »Im übrigen interessiert die Leute auf der Straße nicht der Holocaust, sondern die Alltagsprobleme, wie etwa Hartz IV (...). Die NPD ist bestrebt, die Menschen dort abzuholen, wo sie sich geistig befinden«. Ganz dieser Linie folgend forderte vor Jahren der Parlamentarische Geschäftsführer der NPD-Fraktion Stefan Köster in der Parteizeitung »Deutsche Stimme« die Kameraden auf: »Im bundesrepublikanischen Alltag aktiv (zu) sein«. Ihr Leben in der »Gemeinschaft der volkstreuere Bewegung« dürfte nicht »nur in dieser Gemeinschaft stattfinden«. In einer »örtlichen Bürgerinitiative, in einem Sportverein, der Freiwilligen Feuerwehr oder anderen überparteilichen Organisationen« sollten die rechten Männer und Frauen mitwirken, betont er in der NPD-Monatszeitung, die nach Parteiangaben eine Auflage von 40.000 Exemplaren hat. Für diese Strategie konnte Voigt die Delegierten erstmals sichtbar auf dem Bundesparteitag 1998 in Stavenhagen gewinnen. Seitdem lautet die Parole: »Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe und Kampf um die Parlamente«. Schon vor dem Wahlerfolg in Sachsen, erweiterten Parteistrategen das Konzept um den »Kampf um den organisierten Willen«. Hatten doch im Landtagswahlkampf die »Freien Kameradschaften« die NPD massiv unterstützt. Kein Wahlkampf der NPD den die »Freie Kameradschaften«, die sich selbst auch »Freie Kräfte« oder »nationale Bewegung« nennen, nicht mitführten. In Mecklenburg-Vorpommern schafften 2006 Partei und Bewegung erneut gemeinsam den Einzug in den Landtag.

### Die NPD – Gravitationsfeld im Rechtstextremismus

Nicht nur in der Fraktion im Schweriner Schloss um Udo Pastörs sitzen Partei- und Kameradschaftskader vereint zusammen. In den Bundesvorstand wählten 2006 die Delegierten die FK-Kader Thorsten Heise und Thomas Wulff. Längst nicht mehr die einzigen Kader mit Doppelfunktion. In eini-

gen Bundesländern agieren Aktivisten sowohl in der NPD als auch bei den FK. Etliche Kader der Kameradschaften wandten sich in Bayern, Hessen, Thüringen und Schleswig-Holstein der Partei zu. In Berlin verschwanden freie Netzwerke zugunsten der NPD. In einigen Bundesländern, wie Hamburg und Sachsen-Anhalt, sind die Grenzen zwischen Partei und Kameradschaft fließend. Das Bundesamt für Verfassungsschutz musste Ende 2006 einräumen, das die NPD das »Gravitationsfeld im Rechtsextremismus« sei. Anziehungskraft, die der NPD auch Mitgliederzuwachs brachte.

In Berlin dürfte Voigt an seinem Schreibtisch die Nachricht des Bundesverfassungsschutzes erfreut aufgenommen haben. Erklärte der Verfassungsschutz doch Ende Januar 2007, dass die NPD mit rund 7.200 Mitgliedern die »Deutsche Volksunion« (DVU) als personalstärkste rechtsextreme Partei überholt hat. Erstmals in der Geschichte der beiden Parteien. Als Voigt den Bundesvorsitz erlangte, hatte die Partei gerade noch 2.800 Mitglieder. Die bundesweite Neonaziszene schätzt der Bundesverfassungsschutz auf etwa 4.400 Personen ein und zählte zudem rund 10.400 »subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextreme«. An seinem Schreibtisch hat Voigt vielleicht die Presseerklärung verfasst, die zuversichtlich klingt: »Das Fundament unserer Weltanschauung ist die Grundlage zum Ausbau einer wirklichen nationalen Opposition in Deutschland. Angesichts der verstärkten Repressionsmaßnahmen wie Berufsverbote, Hotel- und Kontenkündigungen gegen die nationale Opposition belegen diese Veröffentlichungen einmal mehr, daß eine Bewegung, deren Zeit gekommen ist, so nicht aufzuhalten ist«. Der Mitgliederzuwachs war im ersten Halbjahr allerdings die einzig wirklich erfreuliche Nachricht für die Partei. Das Jahr 2008 begann für sie mit Wahlettäuschungen, Streitereien, und Strafverfahren.

### Die Niederlage in Niedersachsen

Den Ausgang der Landtagswahl in Niedersachsen beschönigt NPD-Spitzenkandidat Andreas Molau nicht. Der erhoffte Durchbruch im Westen ist ausgeblieben. Einen Einzug in die Landtage von Niedersachsen und Hessen hatte die Parteiführung am 27. Januar 2008 auch nicht erwartet, wohl aber einen Achtungserfolg in Niedersachsen erhofft. »Wir konnten lediglich rund 53.000 Wähler dazu bewegen, ihre Stimme der nationalen Opposition zu geben«, sagt der ehemalige Waldorflehrer. Zwei Tage vor der Wahl hatte er ohne Wahlkampfretorik bekannt: »2 Prozent wären befriedigend, 3 Prozent gut, 5 Prozent super.« Vor dem Stichtag räumte die hessische NPD-Spitzenkandidatin Doris Zutt ein, dass »strukturelle Probleme« bestanden hätten. Diesen Landtagswahlkampf hatte

die Bundesführung kaum mit unterstützt – die Folge 0,9 Prozent. Das Wahlergebnis in Niedersachsen ist für Molau aber kein Anlass, sich von der Politik zu verabschieden. »Als »Überzeugungstäter« verspricht er, »werde ich auch nach 1,5 Prozent nicht aufgeben.« Bei der Schweriner NPD-Fraktion ist er mittlerweile Pressesprecher. Das offene Eingeständnis des NPD-Bundesvorstandsmitgliedes gefiel. »Welcher andere NPD-Mann gesteht auch schon mal eine Niederlage ein«, heißt es in einem rechten Internetforum und: »Weiter so Andreas Molau!«.

Vier Monate vor dem Wahlsonntag in Hannover: »Nach gut vierzig Jahren zieht die NPD erstmals wieder in ein Westlandeparlament« ein, verkündet Voigt. Applaus kommt am 15. September 2007 von den rund 600 NPD-Mitgliedern und Gästen bei der Veranstaltung im Hannoverschen Congress Centrum (HCC) auf. Kein Politiker dürfe beim Wahlauftakt niedrig stapeln. Die Partei muss in Kampfstimmung gebracht, die Wähler vom Gedanken des Stimmenverschenkens abgehalten werden. Das Wahlkampf motto »Sozial geht nur national« prangt am Bühnenhintergrund. Ganz Wahlkämpfer betritt Molau bewusst schwungvoll die Bühne. »Die NPD ist heute die Speerspitze für eine knallharte Oppositionspolitik«, erklärt er unter großem Applaus. An diesem Samstag beweist Molau, dass er genau weiß, wann er wie was zu sagen hat. »Das ist ein Mann, der auf der Straße den Bürger ansprechen kann«, beteuert Voigt. Brav und bieder braucht Molau vor den Parteianhängern nicht zu sein, hier kommen zurückhaltende Aussagen we-



In Niedersachsen gescheitert:  
Andreas Molau

niger an. »Die SPD hat den sozialen Gedanken längst verraten« wettet er. »Noch immer spielt man sich als Vertreter des Kleinen Mannes auf.« Er hebt die Stimme und fragt donnernd in Richtung etablierter Parteien: »Für wie dumm halten sie die Niedersachsen?«.

### **Wahlkampf mit sozialen Themen**

Erneut stellt die Partei im Wahlkampf die sozialen Themen in den Vordergrund – wie schon in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. NPD-Bundesvize Apfel sagte bereits vor dem Wahlkampfauftakt: »So wichtig der Kampf um die historische Wahrheit ist: Wir werden daran gemessen, was wir zur Lösung der sozialen Frage beizutragen haben«. Zwischen Harz und Ostsee hatten Kandidaten schon vor dem Wahlkampf mit lokalen Themen und sozialen Problemen um die Gunst der Wähler gebuhlt. Flugblätter wurden später in Plattdeutsch verfasst, Denktettel griffen vermeintliche kommunale Korruption auf. Bürgernah und politikfähig wollten sie auch in ihrem »Stammland« erscheinen. Der VW-Skandal ist ein Dauerthema, die Ablehnung des Anbaus von genmanipuliertem Saatgut und die Förderung der Landwirtschaft weitere. Lautstarken Zuspruch bekommt Molau im HCC, als er eine Art Apartheid in der Bildungspolitik fordert. Die Schulklassen müssten in ausländische und deutsche Kinder getrennt werden. »Wir sind einfach nicht mehr bereit, uns bevormunden zu lassen«, schimpft Molau weiter: »Auch und besonders nicht vom Zentralrat der Juden in Deutschland«. Der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden droht er sogleich: »Ihre Religionsgemeinschaft, Frau Knobloch, ist hierzulande ohnehin überprivilegiert. Ich versichere Ihnen: Wenn die NPD die Richtlinien der Politik in Deutschland bestimmt, dann können Sie diese Sonderbehandlung vergessen«. Solche Töne gefallen – besonders den Kadern der FK. Zu oft ist ihnen die NPD zu moderat, zu sehr aufs Parlament ausgerichtet. Bereits vor dem Auftritt im HCC hatte aber der FK-Kader Dieter Riefling aus der Hildesheimer Szene versichert: »Wir setzen hier ein Signal, dass es möglich ist, dass Partei und Freie Kräfte gleichberechtigt in den Wahlkampf starten.« Und der vormals wegen Körperverletzung Verurteilte fügte hinzu: »Andreas Molau ist seit langem der erste ehrliche Vertreter der NPD.«

### **NPD-Vorstand gegen schwarzen Block**

Das Bündnis wurde dennoch durch einen Streit belastet. In der Partei machen sich immer wieder Kader Sorgen, dass der militantere Gestus der FK den bürgerlichen Imagebemühungen der NPD zuwiderlaufen würde. Am 15. August 2007 erfolgte aus dem NPD-Bundesvorstand eine

Erklärung, die sich gegen die »Autonomen Nationalisten« richtete. Diese Kameradschaften entstanden aus dem FK-Netzwerk, das ihnen teils zu angepasst ans System erschien. Die Namenswahl ist nicht bloß vom politischen Gegner entliehen. Ihr Style, dunkle Caps, Outdoorjacken, Kapuzenpullover und lässige Hosen, sind ebenso kopiert. Linke Aktionsformen greifen sie zudem auf, wenn sie als »Schwarzer Block« bei NPD-Aufmärschen erscheinen. »In zunehmendem Maß ist bei Aktionen des nationalen Widerstands das bisher nur von linksradikalen/antifaschistischen Demonstrationen bekannte Phänomen des ›Schwarzen Blocks‹ zu beobachten. Als Unterzeichner (...) sprechen wir uns (...) gegen derartige Erscheinungsformen aus«, heißt es in der Erklärung, denn »Öffentliche Demonstrationen sollen unseren Landsleuten ein Bild von dem vermitteln, wie wir uns als Nationalisten das kommende Deutschland vorstellen (...) Doch um glaubwürdig zu agieren müssen wir zunächst einmal selbst überzeugend wirken«. Die »Autonomen Nationalisten« reagierten prompt: Sven Skoda aus dem Umfeld der Düsseldorfer Kameradschaft meinte, die Partei sei eben auf einem »auf das bürgerliche Lager ausgerichteten Kurs« und erinnert daran, dass die NPD schon früher verächtlich über »Neonazis, Provokateure, Uniformfetischisten und Skinheads« gesprochen hat. Um ein weiteres Miteinander nicht zu gefährden ruderte das NPD-Parteipräsidium am 10. September 2007 zurück: »Die NPD steht weiterhin zum Schulterschluss mit allen parteiunabhängigen Nationalisten, die ihrerseits zu einer konstruktiv-partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der NPD bereit sind«. Die Partei-Granden wissen, ohne die Kameradschaften können sie kaum Wahlkämpfe ausrichten. Diese FKs haben seit Mitte der 90er-Jahre Kader von verbotenen, neonazistischen Kleinstparteien und Vereinen aufgebaut. »Es zählt, was eint!«, ist das Credo Voigts. Molau mahnte am 18. Januar 2008 in der DVU-nahen »National-Zeitung«: »Wir müssen als Nationale aber lernen, eine Mannschaft zu sein. Viele nationale Aktivisten sind freilich ungeduldig. Jeder meint, es besser zu können und vor allem schneller.« Beschwichtigend fügte er aber hinzu: »Jeder hat eine Position, aber alle spielen auf ein Tor.«

Trotz des Wahlergebnisses erklärten nach dem 27. Januar FKler: Auch sie hätten gehofft, »zwischen 2 und 3 Prozent« zu erreichen, aber »durch den gemeinsamen Wahlkampf der freien und parteigebundenen Kräfte konnte ein neues Netzwerk geschaffen werden, welches durchaus über den Wahlkampf hinaus erhalten bleiben wird«. Vor allem Andreas Molau, so die FKler um Riefling, habe ein neues »Wir-Gefühl« geschaffen.

Im Wahlkampf setzte die NPD verstärkt auf neuen Medien. Eine Wahl-DVD, auf der eine nachgestellte Studiosituation mit Molau zu

sehen ist, ließ sie gratis verteilen. Molau wird interviewt, Szenemusiker treten auf. Auf Youtube stellten Aktivisten Videoclips von Wahlkampf-events. Ein Chat richteten sie ein, wo mit Molau direkt kommuniziert werden konnte.

### Wortergreifungsstrategie

»Mitdiskutieren, Flagge zeigen« forderte Molau von den Gesinnungsgenossen für den 9. Januar. Bei der ARD-Sendung »Hart aber Fair« sollten sie »Nationale Flagge« zeigen, denn bei der Talkshow können Zuschauer per Anruf mitdiskutieren. Seine Idee: »Im Sinne der Wortergreifungsstrategie sollten Nationaldemokraten deutlich machen, dass die NPD das halten wird, was Herr Koch in der Sendung verspricht«. Mit der Wortergreifung versuchen NPD-Kader immer wieder, Veranstaltungen inhaltlich zu bestimmen. In der Partei dauerte es allerdings etwas länger bis diese Strategie verstärkt umgesetzt wurde. In der »Deutschen Stimme« führte Voigt 2003 aus, dass die »Maßnahme der Wortergreifung« mit mehreren Kameraden organisiert werden sollten: »Natürlich sollte ich nur solche Veranstaltungen aufsuchen, wo wir mit unserer Haltung zum Thema polarisierend eingreifen können«. Drei Jahre später erinnert er in der NPD-Handreichung »Argumente für Kandidaten und Funktionsträger« an diese politische Aktionsform. »Besuchen wir«, schreibt er 2006 »im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners (...) Sobald er eine öffentliche Veranstaltung macht, müssen wir Nationaldemokraten vor Ort sein, um etablierte Politiker und Kandidaten zur Rede zu stellen«. Noch deutlicher nennt die Jugendorganisation der NPD die »Jungen Nationaldemokraten« (JN) die Intention: »In der direkten Konfrontation mit dem Gegner soll dieser nicht mehr in der Lage sein, über die Nationalisten, sondern nur noch mit ihnen zu diskutieren«. In der JN-Publikation »Der Aktivist« heißt es gar: »Nur mit einer zeitgemäßen Wortergreifung werden wir Gehör finden für die Notwendigkeit einer Machterlangung. Dies ist keine Frage der Strategie, sondern der Taktik; hier steht keine Anschauung zur Diskussion, sondern nur ihre moderne Ausdrucksform«. Die Statements offenbaren: An einer Diskussion, wo Positionen ausgetauscht und überlegt werden, sind NPD und JN nicht interessiert.

### Hausgemachte Probleme: Fehlendes Geld

Im Wahlkampf fordert die NPD indes regelmäßig alle demokratischen Rechte ein – von Raumnutzung bis Sendezeiten. Die Partei hatte in Niedersachsen allerdings mit einem hausgemachten Problem zu kämpfen:

Fehlendes Geld. Mit einem Budget von rund 100.000 Euro hatte die Wahlleitung gerechnet, doch Rechtsstreitigkeiten der Bundespartei wegen fehlerhafter staatlicher Bezuschussungen verhinderten, dass die gesamte Summe nutzbar wurde. Molau räumt ein, in der »heißen Phase« fehlte das Geld, die »Werbemöglichkeiten sind nicht so groß wie bei der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern«. Gerade mal 20.000 Plakate sollen Szenegerüchten zufolge vorrätig gewesen sein. Zu wenig, um sich in einem Flächenbundesland wie Niedersachsen massiv zu präsentieren. In Mecklenburg-Vorpommern hatte die NPD 2006 auch in den kleinsten Orten im Wahlkampf Plakate angebracht. Vor Ort führten sie beim Verteilen von Werbeflyern immer wieder Gespräche. In Niedersachsen fehlte dafür Personal und Kapital. Als Ursache für das Wahlergebnis führen Freie Nationalisten noch etwas selbstkritischer an, eine »Mitverantwortung« daran zu tragen, dass die »soziale Frage«, nicht so sehr besetzt wurde. Das Wahlergebnis bringt der klammen NPD aber immerhin Geld. Rund 20.000 Euro dürfte sie als Wahlkampfkostenrückerstattung erhalten. Die Teilfinanzierung einer verfassungsfeindlichen Partei aus Steuermitteln hinterlässt auch bei Menschen, die gegen ein Parteienverbot sind ein ungutes Gefühl. Die Innenminister der Länder diskutierten im Jahr 2007 Möglichkeiten, die Finanzquellen rechter Parteien, Stiftungen und Organisationen trocken zu legen. Schleswig-Holsteins Ex-Innenminister Stegner forderte, wer Rechtsextremisten Geld verschaffe, soll es in Zukunft nicht mehr unerkannt tun können. Die Europaabgeordnete Angelika Beer betont: »Wir müssen den Wahlberechtigten klar machen, dass Ihre Stimme – gerade, wenn es eine Proteststimme ist – dazu beiträgt, dass diese menschenverachtende Ideologie weiterverbreitet werden kann.«

Gefreut haben sich die NPDler bei der Landtagswahl in Niedersachsen auch über ein anderes Ergebnis. Bei der gleichzeitig zur Landtagswahl stattfindenden »Juniorwahl« an rund 120 Schulen in Niedersachsen stimmten 5,4 Prozent der Schüler im Alter von 12 und 19 Jahren für die NPD.

### »Der Hauptgegner heißt CSU«

In Bayern laufen bei der NPD die Vorbereitungen für die Wahl rund um Landeschef Ralf Ollert. Die neue Strategie ist die alte. In einem Schwerpunktwahlkampf wollen sie kommunale und soziale Themen aufgreifen. Im Nürnberger Stadtrat setzte sich Ollert schon gegen das »totale Rauchverbot« ein. Als Stadtrat sorgt ihn, dass die »einheimischen Wirte, vor allem den kleinen so genannten »Eckkneipen«, der Todesstoß« gegeben und sogleich die »typische fränkische Gastwirtschaft« durch »eine

zunehmende ausländischen Billigkonkurrenz« bedrängt werde. In Mittelfranken führte die NPD eine Kampagne gegen Lohndumping und Sozialraub durch. Eine »nationale Bewerbungshilfe« bietet sie in der Oberpfalz an. Auf dem Landesparteitag am 23. September 2007 beschlossen rund 80 Delegierte das Wahlprogramm. In Gremsdorf kamen sie zusammen. Ihre Forderungen: Förderung »deutscher Familien«, ein bayrischer Rentenfond für erziehende Mütter, und »getrennte Schulklassen für Deutsche und Ausländer«. Nein zur Gentechnik sagt der Landesverband schon lange. Das Verhältnis zu den anderen Parteien ist eindeutig: »Der Hauptgegner heißt CSU«. Um Erfolg haben zu können, das weiß die Partei, muss sie das »rechtskonservative« und »patriotische« Wählerpotential bei der CSU gewinnen. Der Versuch der CSU, rechts von ihr keinen Platz zu lassen, gelang bei er Kommunalwahl in München kaum. Den Angriff von zwei Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf einen Rentner machten sie zum Wahlkampfthema. Der bayrische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) fragte rhetorisch, »ob der Ausweisungsschutz im Ausländerrecht nicht zu hoch ist«. »Multikulti ist die Brutstätte von Kriminalität« verkündete CSU-Vorsitzender Erwin Huber. Bei der Wahl kam die Debatte der NPD sehr entgegen. Vor der Diskussion gelang der NPD in München nur schwer die nötigen Unterschriften zu sammeln, um mit der von ihnen getragenen »Bürgerinitiative Ausländerstopp« antreten zu können. Am 2. März zog der NPD-Kader Karl Richter für die »Initiative« in den Stadtrat.

## 2. Kapitel: »Kein großer Freund dieser Form des Parlamentarismus«

### Parlamentarische Wirklichkeit im Landtag

Umgangsformen weiß Holger Apfel einzusetzen. Im sächsischen Landtag lächelt der NPD-Fraktionschef dem Pförtner höflich zu, witzelt mit der Küchenhilfe. Ganz auf Parteilinie bemüht sich Apfel als Vertreter der »kleinen Angestellten« und »einfachen Arbeiter« zu erscheinen. Im Plenarsaal will der Fraktionschef sich ebenso als »einzig wahren Vertreter« des »einfachen Mannes« und »enttäuschten Arbeitslosen« gerieren. Doch nicht mit höflicher Zurückhaltung. Er sucht den »kalkulierten Tabubruch«, sagt Apfel selbst. Will er doch vermitteln: Nicht angepasst zu sein und zu sagen, was andere vermeintlich verschweigen würden.

### Sachsen – immun gegen Rechtsextremismus?

Die NPD ist »auf ekelhafte Weise intelligent«, betonte der SPD-Landtagsabgeordnete Cornelius Weiss gleich nach dem Einzug der NPD 2004 in den Landtag. Johannes Lichdi, Landtagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen hebt 2008 hervor: »Die NPD ist arbeitsfähig, trotz mancher Ausfälle«. In den ersten Landtagssitzungen räumt Lichdi ein, gab es bei den Fraktionen »Unsicherheiten« wegen der NPD. Eine solche Unsicherheit wurde damals zu einem Coup für die Fraktion.

Die Wiederwahl vom Georg Milbrand zum Ministerpräsidenten stand am 10. November 2004 im Landtag an. Ein formaler Akt, da die nötigen Stimmen von 63 Abgeordneten sicher schienen. Im ersten Wahlgang scheiterte Milbrand aber mit 62 Stimmen. Den einzigen Gegenkandidaten, Uwe Leichsenring, hatte die NPD aufgestellt. Prompt erhielt dieser zwei Stimmen mehr, als die NPD damals an Mandaten besaß. Selbst im zweiten Wahlgang erhielt die NPD 14 Stimmen. Das Ergebnis des zweiten Wahlgangs reichte allerdings, um Milbrand im Amt zu bestätigen.

Bis heute wird spekuliert, ob enttäuschte CDU-Abgeordnete ihren Ministerpräsidenten vorführen wollten. Den langen »Vertuschungspopulismus« der CDU macht Lichdi für die Entwicklungen mitverantwortlich. Im Landtag, so schreibt er in einer Studie, hätten sich »insbesondere Abgeordnete der CDU« den »nationalsozialistischen Charakter der NPD nicht klar gemacht«. Die fatale Formel des Ex-CDU-Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf wirke nach. Immer wieder hatte Bieden-

kopf verkündet, Sachsen sei »immun gegen Rechtsextremismus«. Am 19. September 2004 nahm indes im Landtag Platz, was zuvor im Lande längst angekommen war.

### Die NPD im Sächsischen Landtag

Erstmals nach fast 30 Jahren zog die NPD wieder in ein bundesdeutsches Landesparlament. Am Wahlsonntag erreichten sie 9,2 Prozent. »Die Nationale Zeitenwende ist eingeläutet«, erklärte Frank Hölder in der NPD-Zeitung »Deutsche Stimme« im Oktober 2004. Ein Durchbruch für die NPD, auch dank Wahlabsprachen mit der DVU. Vor den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg vereinbarten der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und DVU-Bundeschef Gerhard Frey, nicht gegeneinander anzutreten. Die Wahlabsprachen brachte auch der DVU den erhofften Erfolg. Am selben Wahltag zog die DVU um Liane Hesselbarth zum zweiten Mal in Folge in den Landtag ein. 6,1 Prozent der Wähler stimmten für sie. Zusätzliche 12.790 Wählerinnen und Wähler machten gegenüber 1999 ihr Kreuz bei der Partei. Nicht nur am 19. September 2004 profitierten NPD und DVU von ihrer Wahlabsprache, nicht in ein und demselben Bundesland anzutreten. Auch am 17. September 2006 gelang der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, durch Absprachen mit der DVU das rechte Wählerpotential alleine an sich zu binden. Mit 7,3 Prozent kam die NPD mit Udo Pastörs in den Landtag. Im »Deutschland Pakt« haben NPD und DVU bis 2009 festgelegt, wer wo kandidiert.

Schnell nahmen einige Journalisten und Politiker an, dass im Osten »rechtsextremen Einstellungen« weiter verbreitet seien als im Westen. Einstellung und Verhalten muss jedoch nicht ineinander greifen. Die Studie »Vom Rand zur Mitte« von Oliver Decker, Elmar Brähler und Norman Geißler offenbart, dass von den rund 5.000 repräsentativ Befragten 8,6 Prozent ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verinnerlicht haben. Im Westen 9,1 Prozent und im Osten 6,6 Prozent, betonte Elmar Brähler bei der Vorstellung der Studien am 8. November 2006. Der Parteienforscher und Sozialwissenschaftler Richard Stöss erklärt diesen vermeintlichen Widerspruch in »Rechtsextremismus im Wandel«: Einstellungen sind zwar dem Verhalten vorgelagert, »sie schlagen sich aber nicht zwangsweise in konkreter Praxis nieder«. Er betont: »Das gilt nicht nur für den Rechtsextremismus, sondern generell: Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung ist politisch aktiv, und daher ist das rechtsextremistische Einstellungspotenzial wesentlich größer als das Verhaltenspotential«. Rechtsextreme Einstellungen hegen Frauen und Männer, so Stöss weiter, ungefähr gleich. Aber auch hier spiegelt sich die Trennung von Einstellung und Verhalten

wider. Wahluntersuchungen zeigen, dass deutlich mehr Männer als Frauen für rechtsextreme Parteien votieren. Knapp 60 Prozent der Deutschen mit gefestigtem rechtsextremem Weltbild, stellen die Sozialwissenschaftler um Brähler fest, wählen CDU und SPD. Mit weitem Abstand in den Prozenten geben sie auch FDP, Grüne und PDS/Die Linke ihre Stimme.

»Klamauk um des Klamauks willen« lehnt Apfel in der parlamentarischen Arbeit ab. »Wir werden daran gemessen, was wir zur Lösung der sozialen Fragen beigetragen haben«, erklärt er, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender ist. Soziale Themen greifen die weiteren sieben NPD-Abgeordneten Johannes Müller, Alexander Delle, Jürgen Gansel, René Despang, Peter Klose, Winfried Petzold und Gitta Schüßler denn auch auf. Das Parlament nutzen sie als Bühne, wenn sie regelmäßig gegen Hartz IV wettern. Den Anstieg der Energiekosten möchten sie eindämmen und Wohneigentum als soziale Sicherung und Altersvorsorge erhalten. Zudem fordern sie Maßnahmen gegen die Kinder- und Jugendarmut. »Die Fraktion greift Themen auf, die in der Öffentlichkeit stark diskutiert werden und bemüht sich um populäre Anknüpfungen«, beobachtete Lichdi. Der Grüne Landtagsabgeordnete betont, dass die NPD zwar mit der Losung »Quittung für Hartz IV« in den Wahlkampf zog, in der Legislaturperiode stünde aber »keineswegs ›Hartz IV‹ im Mittelpunkt ihrer Arbeit«. Fünf Anträge stellte die NPD bis Dezember 2007 zu dem Thema, hebt er hervor, die sich auf »pauschale Ablehnungen von Kürzungen und Verschärfungen« beschränkten.



NPD-Fraktionschef im Sächsischen Landtag: Holger Apfel

Zu Beginn der Legislaturperiode saßen zwölf braune Abgeordnete im Landtag. Im Dezember 2005 verließen jedoch Mirko Schmidt, Klaus Bailer und Jürgen Schön die NPD-Fraktion im Streit. Knapp ein Jahr später, im November 2006, schloss die Fraktion Klaus-Jürgen Menzel aus. Menzels unkalkulierbares Auftreten mit seinen Glorifizierungen von Adolf Hitler als »großen Staatsmann« soll einer der Gründe gewesen sein – ein weiterer, ein falsches Alibi für einen Neonazischläger. Von sich aus legte Matthias Paul im selben Monat sein Amt nieder. Wegen Verdacht des Besitzes von kinderpornografischem Material waren Ermittlungen aufgenommen worden.

Die Querelen zerrütteten die Fraktion nicht. Eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau sei eingetreten, sagt Achim Wesjohann, parlamentarischer Berater bei der Fraktion der Grünen. »Die NPD versucht auch, den Eindruck von Undiszipliniertheit zu vermeiden«, so Wesjohann. Als Fraktionschef sei Apfel unumstritten, Gansel würde als »Chefideologe« ebenso voll getragen. »Beide spulen ihre Redebeiträge ab«, betont Wesjohann und hebt hervor: »Je ›sachbezogener‹ ein Redebeitrag ist, desto leidenschaftsloser ist der Vortrag«. Klose, so der Mitarbeiter der Grünen, hätte anscheinend ein Redeverbot. Die Fraktion traut ihrem nachgerückten Mitglied wohl nicht viel zu. Pressekontakte sollen ihm, der in Zwickau schon mal in Phantasieuniformen herumlief, untersagt sein.

Am 30. September 2006 verunglückte Leichsenring tödlich mit dem Auto. In der NPD-Fraktion war der verstorbene Fahrlehrer wegen seiner Intelligenz und Rhetorik geschätzt. Aber auch die DVU-Fraktion achtete ihn sehr. Das Kondolenzschreiben der DVU kam nicht überraschend. »Die Fraktion der Deutschen Volksunion im Landtag Brandenburg ist erschüttert über die Nachricht vom Tod ihres sächsischen Abgeordnetenkollegen«, schrieben sie und: »Wir trauern um einen aufrechten Deutschen«. Die Fraktionen kennen sich, besuchen sich.

### Die DVU im Landtag von Brandenburg

Seit 1999 sind die Auftritte der DVU-Fraktionsvorsitzenden Liane Hesselbarth in Potsdam professioneller geworden. In der Fraktion scheinen unter Hesselbarth, Siegmund Peter Schuldt, Michael Claus, Markus Nonninger, Norbert Schulze und Birgit Fechner keine großen Unstimmigkeiten zu herrschen. Lediglich das Verhältnis zur NPD führt in der Fraktion zu Reibereien, besonders weil die DVU in dem Bundesland wenig verankert ist. Für die NPD trat 2005 jedoch Schuldt, der auch DVU-Landeschef ist, als Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl an. Trotz Stammtischen und Bürgerbüros der DVU, findet jedoch die NPD stetigen Zuspruch im

kommunalen Alltag. Im Landtag greift die DVU immer wieder öffentlichkeitswirksame Themen auf. »Regelmäßig stellt die DVU Anträge zur Änderung des Abgeordnetengesetzes«, erklärt Andreas Bernig, Landtagsabgeordneter von Die Linke. Bewegt diese Kritik doch die Gemüter. »Geht es um die eigenen Pfründe«, betont Bernig, »dann hat die DVU keine Gewissensgrenzen, bis an die Grenzen des rechtlich Möglichen zu gehen«. In der Fraktion ist die Ehefrau von Schulze bei Hesselbarth als Mitarbeiterin beschäftigt.

Im Landtag greift die DVU besonders die Auswirkungen der Globalisierung auf. Für Verbraucher- und Tierschutz setzen sie sich ebenso ein. Ihr Dauerthema: Die »kalte Enteignung der Erben vom Bodenreformland«. Teile der DVZ-Anträge, denkt Die Linke, würden in München entworfen. Dort, beim Bundessitz des unumstrittenen DVU-Chefs Frey, scheinen die Anträge zu historischen Themen und Bundesratsinitiativen formuliert zu werden. Per Antrag forderte so die DVU die Landesregierung auf, der Schaffung eines Bleiberechts für abgelehnte Asylbewerber und geduldete Ausländer im Bundesrat nicht zuzustimmen. Mit einer oberflächlichen Themenpalette würden sie agieren, betont Bernig. Bis Juni 2007 hat die DVU 12 Gesetzentwürfe, 4 Aktuelle Stunden, 162 Mündliche Anfragen, 282 Kleine Anfragen, 67 Anträge, 121 Änderungsanträge, 12 Wahlvorschläge eingebracht sowie 557 Reden gehalten. Ein Aktionismus, sagt Bernig, der die parlamentarische Arbeit behindere. Ohne wohlwollenden Bezug zum Nationalsozialismus geht es bei der DVU aber nicht.

Bei der Debatte zum Nichtraucherschutzgesetz im Oktober 2007 erklärte Fechner für die DVU, mit lobendem Bezug auf Eva Herrmanns Hinweis zur nationalsozialistischen Familienpolitik, die NSDAP hätte auch ein hohes Maß an Gesundheitsbewusstsein besessen. Als Bühne für die Heroisierung der Wehrmacht nutzte Schuldt das Parlament. Im September 2006 debattierte der Landtag über eine Änderung des Versammlungsrechts an Grabstätten. Denn seit Jahren marschieren NPD und Freie Kameradschaften in Halbe am Soldatenfriedhof auf. 60 Kilometer südlich vor Berlin fand in der Gemeinde die letzte große Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs statt. Auf dem Waldfriedhof sind etwa 27.000 deutsche Soldaten und an die 1.000 sowjetischen Zwangsarbeiter beigesetzt. Schuldt sprach gegen das »Lex Halbe«, da das Gesetz sich alleine gegen »nationalorientierte Bürger und Organisationen« richte, die den »gefallenen Soldaten der Wehrmacht ehrend gedenken wollen« und an die »vorbildlichen Leistungen« erinnern möchten. In Mecklenburg-Vorpommern sorgt sich die NPD nicht weniger um die »deutschen Opfer«.



Isoliert am rechten Rand: Die NPD-Fraktion im Schweriner Landtag

### Die NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

Rechts am Fenster im Plenarsaal des Parlaments sitzen die NPD-Abgeordneten Udo Pastörs, Stefan Köster, Michael Andrejewski, Raimund Bormann, Tino Müller und Birger Lüssow. Auf ihren Stühlen blieben sie auch am 30. Januar 2008 in Schwerin provokativ sitzen. Anlässlich des 75. Jahrestags der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 hatte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider (SPD) die Abgeordneten gebeten, sich für eine Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus zu erheben. Der NPD-Fraktionschef Pastörs erklärte indes: »Die NPD-Fraktion ist nicht bereit, sich am einseitigen Schuld kult zu beteiligen. Auch wir Deutschen hatten Opfer, insbesondere die unzähligen Toten nach den angloamerikanischen Terrorangriffen auf unsere Städte sowie die Millionen Opfer von Flucht und Vertreibung«.

Die Aktion weckt Erinnerungen. In Dresden nutzte die NPD-Fraktion vor drei Jahren ebenfalls einen Gedenktag für einen gezielten Eklat. »Würdelos zum Erbrechen« wäre es, sagte Apfel am 21. Januar 2005, dass für »die Opfer des alliierten Bombenterrors« im »dicht gefüllten Terminkalender der Sühnekultur in Deutschland kein Platz mehr übrig« sei. Gansel sprach danach vom »Bombenholocaust« und betonte: »Die Behauptung, ein alleine durch Deutschland verschuldeter Krieg sei in Form des alliierten Bombenterrors auf das Land der Täter zurückgefallen« sei unwahr. Gezielte Provokationen, die meist wohlüberlegt inszeniert werden, auch vom NPD-Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx.

Erst in Dresden, dann in Schwerin lenkte er die Parteauftritte im Parlament. Ihre immer wiederkehrende Botschaft aus dem Schweriner Schloss: »Die da oben, wir hier unten«, um die politisch Verdrossenen und sozial Enttäuschten anzusprechen. Schon im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm 2007 warnte die NPD vor den Kosten. Soziale Themen, hebt der SPD-Landtagsabgeordnete Mathias Brodkorb hervor, sind die Schwerpunktthemen der NPD. Die Partei macht so auch mit dem Leid von Kindern Stimmung. »Warum gehen sie so achtlos mit den kleinen Knirpsen um?«, fragte Köster. Bei einer aktuellen Stunde wollte der NPD-Abgeordnete den Hungertod der kleinen Lea-Sophie auf die Tagesordnung setzen. Sogleich warf er den anderen Abgeordneten vor, ein NPD-Gesetzesentwurf zu »Früherkennungsuntersuchungen« abgelehnt zu haben. Populismus, denkt Brodkorb, der auch das Internetprojekt »Endstation Rechts« verantwortet, denn den Entwurf hätte die NPD von der saarländischen CDU kopiert. Einer Bearbeitung eines Gesetzesentwurfs in Ausschüssen stimmte die NPD jedoch nicht zu. In den Ausschüssen wirkt die NPD auch in Dresden kaum mit. »Da liegt schlicht nicht der Arbeitsschwerpunkt der NPD«, erläutert Wesjohann, »dort verkämpfen sie sich nicht«. Brodkorb betont: »Die NPD-Fraktion konzentriert sich voll auf die Landtagssitzungen, da veranstalten sie Ramba Zamba, da sind die Kameras«.

In Schwerin fiel die NPD in den vergangenen Jahren, anders als in Dresden, nicht durch interne Querelen, sondern immer wieder durch gezielte Provokationen auf. Selbstsicher geht Pastörs heute zum Pult und erklärt offen: »Ich bin kein großer Freund dieser Form des Parlamentarismus«. Längst provoziert er ebenso lässig, wenn er zur Sozialpolitik anmerkt: »Unser erstes Augenmerk hat dem Gesunden und Starken zu gelten« oder in Sorge um »Rechtsstaat und Meinungsfreiheit« beantragt, den so genannten Volksverhetzungs-Paragrafen zu streichen. Der Paragraf 130, so Pastörs, sei ein »Denkverbot« und gewähre ein »Sonderrecht für Minderheiten«. Bretschneider erwiderte: »Sie wollen also, dass straflos zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt werden kann« und dass »ohne Weiteres geleugnet werden darf, dass Homosexuelle oder Andersdenkende während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft inhaftiert und getötet wurden«.

### Demokratisch gewählt, aber keine demokratische Partei

In Potsdam und Dresden lamentierten DVU und NPD ebenso über den Paragrafen 130. Doch in der Stadt an der Elbe antworten jeweils immer eine Koalitions- und eine Oppositionsfraktion. »Das hat den Vorteil, dass

die demokratische Opposition jeweils für sich die Kluft gegenüber der NPD deutlich machen kann«, erläutert Wesjohann diese Vereinbarung. Der Einzug der NPD in Sachsen, hebt der Mitarbeiter der Grünen-Fraktion hervor, überrumpelte aber die Parteien. Denn im Vorfeld der Wahl überlegten die Parteien nicht, wie sie zusammen handeln könnten – nicht ohne Folgen. In Schwerin waren die Parteien vorbereitet.

»Die NPD ist demokratisch gewählt, gleichwohl gehört sie nicht zu den demokratischen Parteien«, sagt Bretschneider. Die politische Ausrichtung der NPD bewegte die Parteien dazu, vor der Wahl zu überlegen, wie der NPD nicht »auch nur einen Millimeter mehr Raum in unserer demokratischen Ordnung einzuräumen« sei, »als unbedingt nötig«. Die demokratischen Parteien einigten sich, die Redezeit zu verkürzen und vereinbarten, dass nur eine Gegenrede auf die NPD folgt, damit sie nicht die Sitzung bestimmen. Die Verwaltung erhöhte derweil die Sicherheitsmaßnahmen. »Was will man erwarten von einer Fraktion«, spielt Bretschneider auf Köster an, »deren parlamentarischer Geschäftsführer« eine »am Boden liegende Frau mit Füßen« tritt.

In Brandenburg haben die Fraktionen sich geeinigt, über DVU-Anträge keine Auseinandersetzung über die Politik der Landesregierung stattfinden zu lassen. Alle Parteien können auf die DVU antworten.

Die Wahlerfolge bringen DVU und NPD aber nicht bloß demokratische Rechte. Sie bringen ihnen auch staatliche Finanzmittel. In Potsdam bekommt die DVU 2008 alleine mindestens 766.600 Euro. Die Schweriner NPD-Fraktion erhält jährlich 1.275.210,60 Euro. Geld, mit dem sie auch zwölf Kameraden einstellte. Kader, die meist noch andere Parteifunktionen haben und so finanziell abgesichert werden. Monatlich bezieht die Dresdener Fraktion 109.040 Euro. Auch sie holten Kader zur Fraktion. Längst eröffneten sie in ihren Wahlkreisen, dank des Geldes, Bürgerbüros. In den Büros bieten sie Hartz-IV-Beratungen an, aber auch unterschiedlichste Aktivitäten – von Tischkicker-, Dart- und Skatturnieren bis hin zu Buchabenden. Vor Ort beim Bürger sein, das wollen sie mit diesen Angeboten weiter vorantreiben.

### 3. Kapitel: »Zuerst die Kommunen, dann die Landtage«

#### Kommunalpolitische Bemühungen

Der Besuch kam überraschend. Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein sollte erst in gut drei Monaten sein. Doch in Kiel verteilte die NPD am 18. Februar 2008 schon ihre Schulhof-CD: »Hier kommt der Schrecken aller linken Spießler und Pauker«. Vor der Hebbel-Schule warb die Partei um Jungwähler. In den nächsten Wochen wird der Landesverband um Uwe Schäfer ihre neue Informations-CD: »Hier ist der Schreck aller linken Spießler« verteilen. Große Hoffnungen setzen sie auf die Wahl der Gemeinde- und Kreisvertretungen. Der Grund: Der Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde.

#### Ausgrenzung kommunal unterlaufen

In Steinburg stellte die NPD auf dem Landesparteitag 2008 die Informations-CD vor. Am 24. Februar erklärte der Landesverband: »Diese CD soll vor allem im Kommunalwahlkampf eingesetzt werden«, um »die Bürger über das Wollen der NPD« zu informieren. »Ohne die Hasskappe der Etablierten« soll über die »Arbeit der NPD« informiert werden. In dem kleinen Ort kommt die NPD in einem Hotel nahe der Autobahn oft zusammen. An diesem Sonntag erläutert der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt erneut, dass die kommunale Verankerung die landespolitische Bemühung stärken. Schon 1999 wurde in der NPD-Monatszeitung »Deutsche Stimme« in einer Strategiediskussion getitelt: »Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen – Auf der kommunalen Ebene hofft Voigt kann die Ausgrenzung unterlaufen werden«. Lokale Themen sollen die Parteikader aufgreifen, Stadtratsitzungen besuchen. Viel stärker müssten sie sich auf die »weichen Bürgeranliegen« Tierschutz, Gebietsreform und Familienpolitik konzentrieren. Eine Devise, die erst nach dem Einzug der NPD in die Landesparlamente von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, auch von NPD-Verbänden in weiteren Bundesländern nachgegangen wird. Die kommunalpolitische Ausrichtung hatte in den beiden Ländern die wahlpolitischen Erfolge mit ermöglicht. In der Bundesführung gelang es Voigt mit seinen engsten Vertrauten, Bundesvize Holger Apfel und Generalsekretär Peter Marx, erst langsam diesen Kurs innerparteilich durchzusetzen. Ein Jahr vor dem Einzug in den sächsischen Landtag trieb die Bundesführung 2003 mühevoll die Gründung der »Kommunalpolitischen Vereinigung« (KPV) voran. Die KPV, besonders angestoßen von Marx, berät seitdem die Parteiglied-



Hilfsbereit und rechts:  
Kirchenmann Adolf Preuß

derung bei der Auswahl der Kandidaten. Mit Fortbildungen bereiten sie die möglichen Mandatsträger auch gleich auf das angestrebte Amt vor. Schon Gewählte laden sie zu Weiterbildungen ein. Stephan Meise, Kreistagsabgeordneter im Rhein-Sieg-Kreis, führt aus: »Der Umgang mit der Kommunalverfassung, der jeweiligen Geschäftsordnung und der Kreisordnung muss ebenso thematisiert werden, wie das Auftreten vor dem Auditorium und vor der Presse«. Seit 2007 leitet der Dresdener Stadtrat Hartmut Krien die KPV, die sich um eine »intensivere Vernetzung und Betreuung der gewählten Kommunalabgeordneten« bemühen will. Den nachhaltigen Politikansatz hat sein früherer Amtsvorgänger Ralf Haschke deutlich dargelegt: »eine politische Führungsrolle« kann die NPD nur erreichen, »wenn Nationaldemokraten in den Städten und Gemeinden eine feste Größe darstellen. Nach dem Motto: »Zuerst die Kommunen, dann die Landtage und dann der Bundestag«.

Hinter verschlossenen Türen beriet denn auch in Steinburg die NPD über mögliche Kandidaten. Der Vorsitzende des Amtes Kommunales berichtete über die Listenaufstellung und Direktkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Die Hoffnung auf Mandate drückte sich auch in seiner Bitte aus, »alle Kameraden« verstärkt auf eine eventuelle Kandidatur anzusprechen. Der Landesverband verkündete schon: Die »etablierten Parteien werden sich damit abfinden müssen, dass auch im schleswig-holsteinischen Parlament Vertreter der NPD einziehen werden«.

### Bundesweit über 125 NPD-Kommunalvertreter

Über 125 NPD-Kommunalvertreter zählten die Rechtsextremismusexperten Friedemann Bringt und Christian Dornbusch, bundesweit. Ihre Stimme gaben die Wähler der NPD, so Bringt und Dornbusch, weil sie Affinität zum Parteiprogramm oder Sympathien zu den Parteikadern hegten. Kommunalwahlen unterliegen anderen Überlegungen als Landtags- oder Bundestagswahlen.

### Süplingen: »Der ist gegen Ausländer«

»Den kenne ich, klar habe ich den gewählt«, sagt eine Jugendliche in Süplingen. Ihre Begleiter ergänzen: »Logisch, wählte ich den, der ist gegen Ausländer«. Der, der hier in der kleinen niedersächsischen Gemeinde offen gegen »Ausländer« ist, heißt Adolf Preuß. Vermutlich der längste Mandatsträger der NPD auf kommunaler Ebene. Bei der Kommunalwahl 2006 erlangte die NPD 18 Mandate in den Kommunalvertretungen. Seit fast 40 Jahren sitzt Preuß aber schon im Gemeinderat. Seine Gesinnung hat er wie sein Bruder Franz, der NPD-Stadtrat im nahen Helmstedt ist, nie verheimlicht. Ein rostiges Metallschild hängt an der Scheunenwand von Adolf Preuß' Hof, direkt an der Hauptstraße. Das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 zeigt das Schild – »3 geteilt? niemals!« prangt darauf. In der Gemeinde denkt mancher Kommunalpolitiker aber, dass die Person Preuß und nicht das Programm NPD gewählt würde. Im Rat hätten manche ihn höflich begrüßt und geduzt. Doch der Tonfall hat sich nach Nachfragen von »Tageszeitung« und »Zeit« geändert. Fast zwanzig Jahre war Preuß auch im Kirchenvorstand der Gemeinde. Die Zeitungen fragten nach. Politische Gespräche, gestand Pfarrer Bernhard Sieverling, habe er mit ihm nie geführt. Der Pfarrer schwärmte, wie viele in der Gemeinde, über Preuß' Hilfsbereitschaft. Bei der Feuerwehr, beim Sportplatz, an der Kirche überall soll der beliebte Landwirt immer zurückhaltend, aber tatkräftig mitgewirkt haben. Die Nachfragen lösten bei der Landeskirche ein Umdenken aus. Nach Aussprache in der Kirche und Diskussionen in der Gemeinde musste Preuß sein Kirchenamt Ende 2007 abgeben. Nicht alle Süplinger fanden das richtig. Bei der Landtagswahl 2008 erreichte die NPD in Helmstedt 3,6 Prozent. Nur in Bad Lauterberg erzielte NPD-Stadtrat Michael Hahn ein noch besseres Ergebnis: 5,9 Prozent. Fritz Vokuhl, Grüner Ratsherr, betont: »Im Rat hält er keine großen Reden« und »Anträge hat er noch nie eingebracht«. Bei den Ausschüssen arbeitete er nie mit. Im Rat würden manche Mandatsträger Hahn freundlich begrüßen, sagt Vokuhl. Ein umstrittener Umgang, nicht bloß im Harz.

### **Völklingen: »Die hat noch nie gesprochen«**

In Völklingen sitzen für die NPD drei Herren und eine Dame im Rat. Bei der Gemeinderatswahl im Saarland 2004 erlangte die NPD auf Anhieb 9,6 Prozent. Otfried Best, Bernfried Fath, Klaus Pein und Gabriele von Sack-Fath zogen in den Rat. Fast ein Vorbote, denn wenige Monate später verpasste die NPD mit 4 Prozent nur knapp den Einzug in den Landtag. »Wenn ich die Arbeit der NPD im Rat bewerten soll«, sagt aber SPD-Fraktionschef Erik Kuhn, »dann müsste ich sagen ungenügend: 6«. In den letzten vier Jahren hätte die NPD ganze drei Anträge gestellt. Viel sagen würden sie auch nicht, betont Kuhn und berichtet: »Die Stimme von Frau Sack-Fath kenne ich gar nicht, die hat noch nie gesprochen«. Zu 99 Prozent würde die NPD allerdings den Anträgen der CDU zustimmen. Taktik, um sagen zu können: Wir kümmern uns? So recht traut Kuhn selbst dem NPD-Fraktionschef Fath so viel Taktik nicht zu. Redseliger dürfte Fath am 23. Februar 2008 gewesen sein. In Saarbrücken nahm er an der Eröffnung der NPD-Landesgeschäftsstelle teil. Auch Voigt und Marx kamen zu diesem besonderen Event. Mit dem Büro, so der NPD-Landeschef Frank Franz, wolle die Partei den »Bürgerinnen und Bürgern« zeigen, das nur die NPD »für eine echte soziale Gerechtigkeit« sei und die »einzig echte Opposition«. Vor Ort will die Partei verstärkt getreu Voigts Konzept Bürgernähe zeigen. Das Parteibüro soll eine »Begegnungsstätte« werden. Neben einer wöchentlichen Hartz-IV-Beratung, kündigte Franz an, würde es auch eine wöchentliche Bürgersprechstunde mit dem Landesvorsitzenden geben.

### **Anklam: Rechte »Lebenshilfe«**

Ein Büro hat auch Michael Andrejewski eröffnet. »Wahlkreisbüro« kann das NPD-Landtagsfraktionsmitglied in Mecklenburg-Vorpommern die angemieteten Räume im »Nationalen Wohnprojekt« in Salchow nennen. Als Landtagsabgeordneter stehen ihm für ein Büro öffentliche Gelder aus dem Landtag zu. Im nahen Anklam sitzt er seit 2004 in der Stadtvertretung. Zwei Jahre vor dem Einzug in den Landtag, in dem er sich um die kommunale Verankerung bemühte. Hier bot er, wie er es nennt, »Lebenshilfe« an. Einmal im Monat lädt der Jurist, der außerdem im Kreistag Ostvorpommerns ist, zur Hartz-IV-Sprechstunde ein. Einige Stadtverordnete in Anklam sprechen Andrejewski, »eine gewisse Kompetenz« zu. Von der CDU bescheinigen Abgeordnete ihm gar eine »formale wie inhaltliche Qualität«. Freundliche Begrüßungen werfen SPD-Abgeordnete den CDU-Mandatsträgern nicht vor, aber einige sollen einen »persönlichen Umgang« pflegen. »Der macht nichts« kann Andrejewski kaum unterstellt werden. Zwei anderen NPD-Abgeordneten im selben Bundesland schon.

### **Stralsund: »Zwei Blödköpfe«**

In Stralsund wurden vor vier Jahren die NPDler Dirk Arend und Bernd Flo-tow in den Rat gewählt. »Wir haben das große Glück, dass es zwei Blödköpfe sind«, erklärt ein Ratsmitglied gegenüber Benno Hafener und Sven Schönfeld. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchten die Sozialwissenschaftler 2007 die kommunalparlamentarischen Bemühungen extrem Rechter. Die Studie »Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten« bestätigt, dass die NPD sich »insbesondere in den neuen Bundesländern, mit lokal- und sachpolitischen Themen« bemüht, als national-demokratische Partei zu erscheinen. Hafener und Schönfeld betonen, diese Bemühungen seien ganz besonders in der Sächsischen Schweiz und in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns zu beobachten. Viele Mandatsträger der NPD sind zum ersten Mal im Amt. Passivität hat hier oft etwas mit Unerfahrenheit zu tun. Ein einheitliches Agieren der NPD ist in den Parlamenten nicht gegeben. Vieles hängt bei der Partei vom Personal ab. Mal treten ihre Vertreter bewusst zurückhaltend und bürgerlich auf, mal aggressiv und provozierend. In der Studie berichten Hafener und Schönfeld, dass Kommunalvertreter der anderen Parteien befürchten, dass die NPD mehr Akzeptanz finden wird, wenn sie bei den Bürgern als die wahrgenommen werden, die sich in Stadt und Gemeinde tatsächlich kümmern und sorgen.

### **Die Verfassung als Waffe gegen Rechtsextremisten?**

Während die NPD ihr Image als Kümmerpartei pflegt, setzt man in Mecklenburg-Vorpommern beim Kampf gegen Rechts an ihrem menschenverachtenden Weltbild an. Durch eine Verfassungsänderung will man den anti-rassistischen Anspruch des Landes unterstreichen und so dem rechten Treiben im Nordosten den Boden entziehen. Juristisch ändert diese Verfassungsreform nicht viel. Sie ist aber ein wichtiges Zeichen. Was oft als Symbolpolitik verunglimpft wird, ist gerade dort notwendig, wo der Rechtsextremismus schon Fuß gefasst hat und in manchen Orten sogar dominiert. »National befreite Zonen« nennen das die Rechtsextremisten, für die potentiellen Opfer sind es »No-Go-Areas«. Die Formulierung von anti-rassistischen Grundsätzen in der Verfassung stärkt denen den Rücken, die Zivilcourage beweisen wollen.

### **Wahlausschlüsse bei Landratswahlen in Mecklenburg-Vorpommern**

Dass die NPD-Landtagsabgeordneten Stefan Köster und Michael Andrejewski nicht am 18. Mai 2008 in Ludwigslust und Ostvorpommern zur

Landratswahl antreten können, liegt nicht nur an ihrem Mangel an Verfassungstreue. Am 17. April wies der Landeswahlausschuss die Beschwerden von Köster und Andrejewski gegen ihren Wahlausschluss zurück. »Die bestehenden Zweifel an ihrer Verfassungstreue haben sie nicht ausgeräumt«, sagte Landeswahlleiter Klaus Hüttebräuker. Anfang April hatte schon der Wahlausschuss in Ludwigslust sich gegen Köster ausgesprochen. Der Leiter des Ausschusses, Andre Hase, erklärte, dass Köster nicht auf dem Boden der Verfassung stünde. Er betonte zudem, dass Köster auch nicht die notwendigen »persönlichen Voraussetzungen« mitbrächte, da er wegen »gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung« verurteilt sei. Der Wahlausschuss in Ostvorpommern lehnte wenige Tage später Andrejewski ab, weil auch er »Zweifel an der Verfassungstreue« aufkommen lasse. Diese Ablehnung mit dem Verweis auf die Verfassung ist möglich, denn das Amt des Landrats ist eines als »Beamter auf Zeit«.

### **NPD kandidiert in vier Kreisen in Schleswig-Holstein**

In Schleswig-Holstein könnten diese Auseinandersetzungen zunehmen. Anders als vom Verfassungsschutz prognostiziert stellen sich an die 100 Mitglieder und Freunde der Partei in Kiel und den Kreisen Lauenburg, Nordfriesland und Ostholstein zur Wahl. Erstmals dürfen die Menschen zwischen den Meeren wählen, ohne dass die 5-Prozent-Hürde gilt – ein Erfolg, den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor dem Bundesverfassungsgericht durchgefochten haben. Das Ver-

fassungsgericht bestätigte, dass es kein Argument sein kann, die verfassungswidrige Fünf-Prozent-Sperrklausel nur aufrecht zu erhalten, um verfassungsfeindliche oder rechtsextremistische Parteien von der Beteiligung an kommunalen Vertretungsorganen fernzuhalten. Die Fünf-Prozent-Sperrklausel wirke nicht nur gegen unerwünschte extremistische Parteien, sondern trafe alle Parteien gleichermaßen, ebenso wie kommunale Wählervereinigungen und Einzelbewerber. »Wir dürfen unsere Demokratie nicht aus Furcht von Anti-Demokraten undemokratischer machen«, fordert auch die Grüne Europaabgeordnete Angelika Beer.

Nach dem Wegfall der Fünf-Prozenthürde denkt der NPD-Landesverband: Nun brauchen die Wähler »nicht mehr ihre Wahlentscheidung davon abhängig machen«, ob »die favorisierte Partei eine Chance« habe, die Hürde zu überspringen. Die »etablierten Parteien«, so die NPD, müssen sich »damit abfinden, (...) dass auch im schleswig-holsteinischen Parlament Vertreter der NPD einziehen werden«. In der Tat dürften schon etwa zwei Prozent für den Einzug von NPD-Kandidaten in die Gemeindeparlamente genügen.

### **Das Problem beginnt nicht in den Rathäusern, sondern in den Köpfen**

»Das war uns klar«, sagt die grüne Landesvorsitzende Marlies Fritzen. Die Grünen und Die Linke hatten am 13. Februar 2008 vor dem Bundesverfassungsgericht die Entscheidung erstritten. Mit der Sperrklausel, hebt Fritzen aber hervor, würde keinem rechtsextremen Gedankengut entgegengewirkt. Der Grünen-Fraktionschef Karl-Martin Henschel betont ebenso, das Problem beginne nicht in den Rathäusern, sondern in den Köpfen: »Wir dürfen im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht die Demokratie selbst beschädigen.« Auch Lars Erik Bethge vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW) denkt, die Existenz der NPD dürfe nicht dazu führen, »weniger Demokratie zu wagen«. Eine politische Auseinandersetzung, die sich gegen die rechtsextremen und rassistischen Einstellungen im Alltag richtet, müsste verstärkt geführt werden, so Bethge: »Das würde die NPD dann auch Stimmen kosten.«

### **Normalisierungsstrategie entlarven!**

Das Gegenteil versuchen die NPD-Kandidatinnen und -Kandidaten: Auf kommunaler Ebene treten sie als nette Bürger und freundliche Vereinsmitglieder auf. Sie hoffen, wenn es ihnen gelingt, bei Kommunalwahlen als wählbare Volksvertreter angenommen zu werden, sich stetig besser zu verankern, um auch bei Landtagswahlen noch erfolgreicher zu werden.



NPD-Bürgerbüro in Lübbtheen

In der kommunalpolitischen Alltagsarbeit, betonen Hafener und Schönfeld, verfolgen geschickte NPD-Mandatsträger eine »anbiedernde ›Selbst-Normalisierungsstrategie«. Deren Ziel laute: »Anerkennung und Zugehörigkeit«. Um dem entgegenzuwirken helfen aber pauschale Lösungsansätze oder eindimensionale Handlungsempfehlungen wenig. Eine »spezifische Form der Auseinandersetzung«, so die Sozialwissenschaftler, die den »lokalen Rechtstextremismus mit seinen jeweiligen Akteuren, Aktivitäten und Organisation berücksichtigt«, müsse stattdessen gefunden werden. In den Kommunalparlamenten könnten die demokratischen Abgeordneten die NPD-Reden und -Anträge ideologisch dechiffrieren und entlarven. Eine Variante der Auseinandersetzung, die auch jenseits des Plenarsaals transparent verlaufen sollte. »Die verherrlichten Adolf Hitler«, reicht nicht als Erwiderung auf NPD-Anträge gegen Schulschließungen.

## 4. Kapitel: »Singen und Tanzen für Deutschland« – Rechtsrock mehr als Musik

Fotoapparate blitzen, Handycameras klicken, von hinten drängen Fans in der Halle des »Hannoverschen Congress Centrum« (HCC) nach. Sie alle wollen ihrem Star auf der Bühne nahe sein. Lächelnd tritt Annett Müller alleine mit Gitarre vors Mikrophon. Keine große Band, keine besondere Bühnenshow, nur ein paar Lieder singt sie vor dem Logo am Bühnenhintergrund »Sozial geht nur National«. An diesem Samstag begeistert sie jedoch die Fans wieder. Ihr Liveact bei der Auftaktveranstaltung der NPD zur niedersächsischen Landtagswahl 2008 gefällt. An die 600 Mitglieder und Freunde der NPD waren am 15. September 2007 ins HCC gekommen. »Schade nur, dass sie so wenig Lieder sang«, meint eine junge Frau später. Der Landesverband um den damaligen NPD-Spitzenkandidaten Andreas Molau weiß, warum sie die Musikerin eingeladen haben. »Klasse, diese Frau«, sagte später auch ein tätowierter Kerl zu seiner blondierten Freundin. Das Wippen im Takt des Glatzkopfs verrät, er meinte das nicht bloß, um seiner Freundin mit dem Shirt »Kein Existenzrecht für Israel« zu gefallen.

### Musik – ideal zur Vermittlung politischer Botschaften

Seit Jahren ist die »nationale Liedermacherin« aus Bad Lauterberg ein Szenestar. Mit ihrem Lied »Deutsche Mutter« erlangte Annett Möck, wie sie vor ihrer Heirat hieß, Kultstatus. Sieben Jahre ist es her, dass sie 2001 den Song auf ihrer CD »Eine Mutter klagt an ...« veröffentlichte. In ihm greift sie auch soziale Sorgen auf. »Ich hab für Deutschland einen Sohn geboren. Mich durchs Leben gekämpft. Gespart und meistens verloren. Für meinen Sohn will ich das Beste dann. Dass er sich in Deutschland frei entwickeln kann«, intoniert sie. Und die Mutter eines Sohnes singt: »Fahr ich woanders hin und schreie laut ›Helf mir!«. Dann knallt man mir ins Kreuz die Tür. (...). Und falls ich Gelder will, schmeißt man mich raus«. Klingt es hier noch sozialkritisch, tönt es gleich anders, wenn sie die vermeintlichen Verursacher ausmacht: »Oh, ich hasse eure Lügen, eure doppelte Moral. Wenn ihr Frauen unterdrückt. Kinder verkauft, und das ist wahr. Dass in vielen Schulen, euer Glaube schon gelehrt. Wo bleibt unsere Kultur?«. Einwanderer, islamische Familien werden angegriffen.



Schnauze voll: Schulhof-CD der NPD in Sachsen

Für die Schulhof-CD »Schnauze voll«, zur Landtagswahl in Sachsen 2004, hat sie den Song freigegeben. Auf der Gratis-CD der NPD, um Erst- und Jungwähler anzusprechen, finden sich von ihr immer wieder Songs. Regelmäßig tritt sie bei der Partei auf. Die Nähe überrascht wenig, erschien doch ihre erste CD »Eine Mutter klagt an ...« bei Pühse Records Deutsche Stimme Verlag (DS-Verlag). Der »DS-Verlag« ist an die NPD angebunden. Zu dem Firmennetzwerk gehört ebenfalls »Pühse Liste« von Jens Pühse, einst Mitglied der verbotenen »Nationalistischen Front«. 1998 kam er in den NPD-Bundesvorstand, 2005 übernahm er die Geschäftsführung des DS-Verlags in Riesa. Über 100 Seiten stark ist der Hochglanzkatalog des Verlags. Jedes Jahr bieten sie ein breites Programm an: Bücher, DVDs, Karten, Fahnen, Panzermodelle, Bekleidung und Tonträger. Im Internet sind die Artikel online zu bestellen. Interessierte können sie aber auch im Verkaufsraum erwerben.

In der Partei gehört Rechtsrock, ob als Rock, Liedermachersong, Darkwave oder Blackmetal längst zum musikalischen Begleitprogramm. Bis weit in die 90er-Jahre hielt die NPD Abstand zur Rechtsrockszene. »Neger Musik« mag heute noch manch alter Kader denken. Doch die NPD-Bundesführung um Udo Voigt erkannte, dass Rechtsrock der ideologische Transmitter für neonazistische Positionen sein kann. Der sächsische Fraktionschef und Bundesvize Holger Apfel erklärt: »Musik wird im Medienzeitalter für die Vermittlung politischer Botschaften immer wichtiger«.

Einen Wendepunkt des Verhältnisses machen die Rechtsrockexperten Christian Dornbusch und Jan Rabbe im Jahr 1998 aus. In Passau richtete die NPD am 7. Februar vor zehn Jahren den »Tag des nationalen Widerstands« aus, auf dem sich Reden mit Musikbeiträgen abwechselten. Das Konzept zog: In die Nibelungenhalle kamen über 4.000 Besucher. Gezielt umwarb die NPD weiter die Szene zwischen »Freien Kameradschaften« und Neonazi-Skinheads. Zwei Jahre später am 27. März 2000 veranstaltete sie in Passau erneut den »Tag des nationalen Widerstands«. An die 5.000 Gäste genossen das Programm von Reden und Musik. Mit dabei: Annett Müller. Aber auch die Szenelegende Steve Calladine alias »Stigger«.

Einst gehörte der heutige Solokünstler zur der britischen Skinheadband »Skrewdriver«. Der Bandleader Ian Stuart Donaldson, 1993 verstorben, erklärte in einem Fernsehinterview: »Musik ist das ideale Mittel, Jugendliche dem Nationalsozialismus näher zu bringen. Besser als dies in politischen Veranstaltungen gemacht werden kann, kann damit Ideologie transportiert werden«. Von 1979 bis 1985 war er Mitglied der »Nationalen Front«. Ab 1987 baute er das neonazistische kulturpolitische Netzwerk »Blood & Honour« (B&H) auf. In über 25 Ländern sollen »Divisionen« bestehen. Die deutsche Division verbot das Bundesinnenministerium im September 2000. Ohne den Organisationsnamen wirken jedoch ehemalige B&H-Kader im Rechtsrock weiterhin mit.

### Rechter Versandhandel

Seit der Wiedervereinigung hält der Boom des Rechtsrock an. Im Jahr 2007 zählten Christian Dornbusch und Jan Rabbe 101 CDs bzw. LPs, die aus dem Kernbereich der Szene kamen. Die Jahre zuvor war die Gesamtproduktion leicht höher. Aber, so die Experten, die Zahl der Bands ist gewachsen. Im vergangenen Jahr waren 180 Rechtsrockbands aktiv – 2006 waren es 152, 2005 142 Musikgruppen. Schwer zu erfassen ist die Verbreitung des Rechtsrock im Internet. Auf entsprechenden Websites, teils von den Bands selber betrieben, werden Songs und CDs als MP3 zum download bereitgestellt. Rechtsrock ist mittlerweile auch ein millionenschweres Geschäft. Die Marktführer, wie der V7-Versand aus Grevesmühlen in Mecklenburg-Vorpommern oder der Wikinger Versand aus Geiselhöring in Bayern, erzielen Jahresumsätze von weit mehr als 500.000 Euro. Die »länderoffene Arbeitsgruppe« aus dem Kreis der Innenministerien stellte 2007 fest: »Außerhalb der Parteienfinanzierung ist das der umsatzträchtigste Bereich im Rechtsextremismus«. Voll im Geschäft ist Thorsten Heise mit seinem Label und Versand »W & B Records«.

### Waffen und Musik – Hausdurchsuchung bei Thorsten Heise

Überraschenden Besuch erhielt Heise, der seit 2004 im NPD-Bundesvorstand für die Zusammenarbeit mit den Kameradschaften zuständig ist, Ende 2007. Früh morgens am 30. Oktober stand das Bundeskriminalamt vor der Tür von Heises Anwesen in Fretterode. Im niedersächsischen Northeim führte der frühere Kader der verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) lange die Kameradschaftsszene. Nach seinem Umzug in die thüringische Gemeinde lenkt er auch die »Kameradschaft Eichsfeld«. An jenem Dienstag durchsuchten die Ermittler das weitläufige Anwesen. Einer der Verdachtsmomente gegen Heise, der seit den 90er-Jahren im Rechtsrock mitmischte: Produktion der CD »Geheime Reichssache« von der neonazistischen Undergroundband »Kommando Freisler«. Die Namensassoziation auf Roland Freisler, 1942 Präsident des Volksgerichtshofs, dürfte gewollt sein. Die Band intoniert auf der CD: »In Buchenwald, in Buchenwald da machen wir die Juden kalt. Fidirallala, fidiralala, fidiralalala. In Mejdaneck, in Mejdaneck da machen wir aus Juden Speck. Fidirallala, fidiralala, fidiralalala.«

Am Ende der Durchsuchungen, erklärte eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt, nicht bloß Computer und Unterlagen sichergestellt zu haben. »Wir haben drei Waffen«, hob sie hervor. Heise, verurteilt wegen Körperverletzung und Volksverhetzung, spricht indes von Deko-Waffen. Die Ermittlungen führt die Staatsanwaltschaft Frankfurt, da über den dortigen Flughafen die CDs eingeführt worden sind. Zeitgleich durchsuchten Polizeikräfte die Wohnungen von Annett Müller und ihrem Mann Michael Müller. In deren Wohnung stellten Beamte ebenso Material sicher. Müllers arbeiten mit Heise zusammen. Beim »W&B-Versand« kann die Gemeinschaftsproduktion, die CD »Wir Brüder« des Duos Müller unter dem Namen »Faktor Deutschland«, bezogen werden.

Gleich bei ihrer Wohnung haben die Müllers ihren Proberaum. Die Nachbarn sollen sich bisher nie groß beschwert haben, sagt Annett Müller. In dem Kurort im Harz liegt an der Hauptstraße ein Szene-Tattoo-Laden »Zettel am Zeh«. Bandmitglieder von »Agitator« sollen mit involviert sein. Die Band aus Göttingen veröffentlichte 2005 bei »W&B Records«. Sänger Oliver Keudel grölt in dem Song »Das Lied«: Ich bin mit Leib und Seele Nazi, und ich weiß mit Sicherheit: Für mich kann's nix Schöneres geben, ich bleib Nazi für alle Zeit«. Michael Müller trägt nicht minder eindeutige Aussagen vor. Angelehnt an den Udo-Jürgens-Schlager »Mit 66 Jahren« sang er 2003: »Mit 6 Millionen Juden da fängt der Spaß erst an (...) Bei 6 Millionen Juden ist lange noch nicht Schluss«.



Annett Müller – »Wo bleibt unsere Kultur?«

### Rechte Symbiose: NPD und Rechtsrock

In Berlin traten Keudel und Müllers gemeinsam auf. Sollte doch auch am 21. Oktober 2006 an der Justizvollzugsanstalt in Tegel Solidarität für Michael Regener gezeigt werden. Regener, besser bekannter als »Lunikoff« kommt von der verbotenen Band »Landser«. Unter dem Motto »Freiheit für Lunikoff – Lasst unseren Kameraden raus« hatte die NPD zu dem Event aufgerufen. Die Partei ist sich des Kultstatus von Lunikoff bewusst, der 2003 zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt wurde. Das Berliner Kammergericht bewertete »Landser« als »kriminelle Vereinigung«, deren Mitglieder bewusst zu Straftaten aufriefen. Sangen sie doch: »Herzlich willkommen in meiner braunen Musik-Fraktion. Wir bringen mal wieder geistigen Sprengstoff zur Explosion. Bis an die Zähne bewaffnet mit Schlagzeug und E-Gitarre (...) Neue Anschläge sind schon geplant. (...) Deutschland Multikulti, wir bleiben braun«.

Vor dem Gefängnis in Tegel erklärte Voigt: »Kameraden und Kameradinnen, ich bin (...) davon überzeugt, dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten (...) die politische Verantwortung übernehmen werden, denn wir haben die Jugend, wir haben eine Vision«. Der NPD-Bundeschef hielt sich kurz, wusste er doch, warum die etwa 1.000 überwiegend jugendlichen Kameraden vor allem gekommen waren: »Ich weiß, Ihr seid heute hergekommen, nicht um Reden zu hören, sondern um Musik zu hören«. Das erste offene Rechtsrockkonzert auf Berliner Straßen gefiel. Nur die Polizei störte die gute Stimmung: Sie nahm Keudel fest – wegen Volksverhetzung.

In Berlin rockt 2008 die Szene aber weniger. »Die Zahl der Konzerte ist zurückgegangen«, sagt Claudia Schmid, Leiterin des Berliner Verfassungsschutzes. Sie denkt, dass das konsequente Durchgreifen der Behörden zu dem Rückgang führte. Berlin, so Schmid gegenüber der »taz« am 14. März 2008, habe in der Szene einen »sehr schlechten Ruf«. Sie betont aber selbst: Auch wenn die Konzerte in Berlin seltener werden, ist die rechte Musikszene mitnichten inaktiv. Fünf Bands üben derzeit in der Hauptstadt. Die Bands, wie »Spreegeschwader« und »Macht & Ehre«, werden von einem Netzwerk aus etwa 200 älteren Rechten unterstützt. Der Verfassungsschutz beobachtet ebenso, dass unter der Schirmherrschaft der NPD Rechtsrockbands bundesweit vermehrt auftreten. Von der Zusammenarbeit erhoffen sich die Rechtsrockszene und die Partei Vorteile: Die Bands können ungestört spielen, die Partei kann erlebnisorientierte und anpolitisierte Jugendliche an sich binden.

Schon 2004 ermöglichte die Hilfe der NPD Lunikoff einen Auftritt in Mücka. Vor der Haft, die mittlerweile beendet ist, tourte er mit »Lunikoff Verschwörung« durchs Land. Das Konzert »Singen und Tanzen für Deutschland« in der sächsischen Gemeinde trugen NPD-Kader mit. Vor etwa 1.000 Gästen trat Lunikoff in der Diskothek »Wodan« am 27. November mit »Gegenschlag«, »Oidoxie« und »Spreegeschwader« auf. Einen Live-Mitschnitt, »Höllische Saat«, von Lunikoffs Auftritt veröffentlichte noch im selben Jahr Panzerbär Records / W&B Records. Auf der CD huldigt er in »Jungs für's Grobe« der gewaltbereiten Szenen: »Mundschutz und Schienbeinschoner, gehören zu unserer Garderobe. (...) Wir sind die Ritter aus der Gosse, die glorreichen Haudegen. Sie nennen uns Verbrecher, Kriminelle, Psychopathen. Doch montags ist die Zeitung voll mit unseren Heldentaten«. Klare Worte trägt Lunikoff auch auf der CD »Niemals auf Knien« vor. »Wenn es den feinen Herrschaften in ihren Villen graust, dann kommt mit Karacho Rock'n'Rollocaust. Die Lunikoff Verschwörung, die Kapelle ohne Gnade fährt dieser Republik volles Programm in die Parade«, singt er in »Schlimmer Finger«. Die Veröffentlichungen von Lunikoff können nicht nur beim »W & B Versand« bezogen werden. Im Angebot bei Heise sind zudem: »Teleskop Schlagstock aus Stahl«.

### Rechte Szeneklamotten

An die 90 Versandunternehmen zählten Christian Dornbusch und Jan Raabe. Rund 40 Labels verlegen in Deutschland Rechtsrock. Einige der Unternehmen betreiben NPD-Kader, wie Patrick Weber, NPD-Kreisvorsitzender Nordhausen/Kyffhäuserkreis und Inhaber des Germania-Versands, oder David Petereit, Mitarbeiter der NPD-Fraktion im Schweri-

ner Landtag und Inhaber des Versands und Labels Lebensboom aus Neustrelitz. Das Angebot von Merchandising und Fanartikeln ist unerschöpflich. Bomberjacken und Springerstiefel sind lange nicht mehr die einzigen Bekleidungsoptionen eines Rechten. Jahrzehntlang waren die britischen Marken Fred Perry und Lonsdale sehr beliebt. Seitdem in der Szene jedoch kolportiert wird, dass der Firmengründer Fred Perry Jude gewesen sei und dass Lonsdale antirassistische Projekte unterstütze, missfallen sie. Aus der Szene entstanden eigene Marken mit eindeutigen Namen: Masterrace (»Herrenrasse«) oder Hate Hate (»Hass Hass«). Im Schriftzug an Lonsdale angelehnt ist die Marke Consdaple. Gern antworten rechte Jugendliche auf Nachfrage, dass das doch bloß übersetzt »britischer Polizist« heißen würde. Ganz so, als wenn sie nicht wüssten, dass constaple dann statt mit p mit b geschrieben werden müsste. Aber mit constable könnte nicht »nsdap« auf der Brust prangen. In der Szene ist die Marke Thor Steinar sehr beliebt. Die Firma der Marke, MediaTex GmbH, hat ein vielfältiges Angebot für Mann und Frau. Seit Jahren betonen die Inhaber nichts mit der neonazistischen Szene zu tun zu haben. In der Szene gefallene Bekleidung und Accessoires mit dem Firmennamen aber dennoch. Spiegelt der nordische Einschlag doch in ihrer Logik ihr Weltbild wider. Eine Kapuzenjacke zielt ein Adler, der einen Fisch greift. Für die Szene ist die Bildbotschaft eindeutig, steht doch der Fisch als Motiv fürs Christentum. So symbolisiert der Aufdruck für sie den neuhaidnischen Kampf gegen das Christentum. Als kantiges Piktogramm dient das Motiv der neonazistisch-heidnischen Vereinigung »Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung« als Logo.

Die Szeneklamotten müssen aber nicht über den Internethandel bezogen werden. Interessierte können sie gleich in Szeneläden anprobieren. In Deutschland bestehen nach dem Fachmagazin »Der Rechte Rand« derzeit »mindestens 45 Läden«. Manche führen das gängige Bekleidungsrepertoire, wie der »Top Fuel Store« in Erfurt, andere, wie »Zutt's Patriotentreff« haben die legalen Rechtsrockprodukte zusätzlich im Angebot.

### Rechte Multimedia-Offensive: NPD-Schulhof-CD

Fast immer mit im Programm: Frank Rennicke. Der »nationale Barde« aus dem mittelfränkischen Altengreuth ist ein weiterer Szenestar. Auf keinem der größeren NPD-Events fehlt der bekennende Parteifreund. In seinen Liedern umschiffert er immer wieder das Strafgesetzbuch. Auf der NPD-Schulhof-CD »Der Schrecken aller linken Spießler und Pauker« be-

schwört er 2005 im Song »Das Mädels mit der Fahne« den heldenhaften Tod eines 15-jährigen Mädchens in Hamburg im Mai 1945. Das Mädchen wird erschossen, weil es ihre »schwarz-weiß-rote Fahne« nicht senken will. »Das Opfer des Mädchens – vergesst ihr es nie«, endet Rennicke, »verliert nie den Stolz und kämpft wie sie. Bis es endlich so weit, dass auch hier irgendwann, die Zeichen des Reiches man zeigen kann«. In Deutschland sind allerdings nur Symbole des Nationalsozialismus verboten. Welche »schwarz-weiß-rote Fahne« er denn meint darf spekuliert werden. Die Hakenkreuzfahne könnte es sein. Rechtlich kann die Formulierung nicht belangt werden.

Beim Pressefest der »Deutsche Stimme« 2006 in Pappritz, einem Ortsteil in der Dresdner Ortschaft Schönfeld-Weißig, fehlte Rennicke nicht. Am 5. August sollen über 7.000 Besucher gekommen sein. Im Jahr 2007 richtete die NPD aus organisatorischen Gründen dezentrale Festivals aus. In Eisenach kamen am 19. Mai 500 Menschen zum »Thüringentag der nationalen Jugend«. Zum »Rock für Deutschland«, zwei Wochen später, reisten über 600 Fans an. Sommerfeste folgten in Dresden und in Rehlingen-Siersburg. Über 1.500 Kameraden kamen am 8. September in Jena zum zweiten »Fest der Völker«.

Politik und Musik verband die NPD im niedersächsischen Wahlkampf nicht bloß beim Wahlkampfauftakt. Statt wieder eine Schulhof-CD herauszugeben, veröffentlichte sie erstmals eine Multimedia-DVD. Auf der DVD »Offensive« wird in einer nachgestellten Studio-Situation der NPD-Spitzenkandidat Molau interviewt. In einem eingespielten Video tritt er spielend mit Sohn und Hund im Garten auf. Der Liedermacher Jörg Hähnel beklagt in einem Musikclip die mangelnde »Gerechtigkeit« im Lande. Im Herbst 2006 zog Hähnel, NPD-Bundesvorstand und Mitarbeiter der NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern, in die Bezirksversammlung von Berlin-Lichtenberg. Auf der DVD wieder mit dabei: Frank Rennicke und Annett Müller. In einer »Liveschale« betont Rennicke: Die Menschen merkten, »wie sehr sie hier beschissen werden«. Und im Studiogespräch versichert Müller, dass Frauen im »nationalen Lager« etwas »zu sagen haben« und singt ein »sentimentales« Heimatlied: »Ich schwöre dir zu dienen.«

## 5. Kapitel:

### »Wir leben Kameradschaft«

– Szeneeigene Netzwerke: Heimattreue Deutsche Jugend und Gemeinschaft Deutscher Frauen

Eine holprige, gut eineinhalb kilometerlange Schotterstrecke führt zu dem Anwesen. Langsam taucht am Ende der Stichstraße der Resthof auf. Ein Haus und eine Scheune bilden das Anwesen des Landwirts Joachim Nathz am Ortsrand von Eschede. Auffällig: Das extra aufgebaute Holztor mit den Schriftzügen der »Heimattreuen Deutschen Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V.«, kurz HDJ. Mit Getreide ist es fein verziert. Hoch gewachsener Mais versperrt den Blick auf den Hof. »Den habe ich extra stehen lassen« sagt Nathz später lächelnd. Ein natürlicher Sichtschutz, denn auf dem niedersächsischen Bauernhof möchte die HDJ beim Erntedankfest unter sich sein. Nicht nur am 29. September 2007 will die HDJ, um Bundesführer Sebastian Rübiger, die Öffentlichkeit meiden. Ganz abgeschirmt bemüht sie sich mit Fahrten und Zeltlagern bei Kindern und Jugendlichen von 7 bis 25 Jahren eine »heimat- und volksbewusste Einstellung« zu verankern. Eine interne Struktur für die exklusive Szene zwischen NPD und »Freie Kameradschaften« (FK). »Jeder, der in der Szene was auf sich hält, schickt seine Kinder dorthin«, sagt Tanja P. Die Aussteigerin kennt sich aus, zwei ihrer fünf Kinder schickte sie zur HDJ.



Traditionswahrung: Hitler-Jugend, Wiking-Jugend, Heimattreue Deutsche Jugend

### **HDJ: »Geistige und körperliche Wehrhaftigkeit ausbilden«**

Zu dem Bauerhof sind an jenem Samstag an die 100 Kader gekommen. Bekannte Gesichter von NPD und FK, die ihre Kinder zu dem Fest mitgenommen haben. Doch bei der HDJ geht es nicht um freies Spielen in unberührter Natur. Im Vereinsmagazin »Funkenflug« legte der erste Bundesführer Alexander Scholz ihre Ziele dar: »Wir verpflichten uns Deutschland, indem wir geistige und körperliche Wehrhaftigkeit ausbilden«. Auch Rübiger betonte im »Funkenflug«: »Wir brauchen Kämpfer von fanatischer Besessenheit und zäher Ausdauer«. Auf der HDJ-Website warnen sie: »Eltern aufgepasst«, eine »Schar von internationalistisch/multikulturell gesinnten ›LehrerInnen« übernehme »einen Großteil der Erziehung«, die die Kinder zu »multikulturell denkenden Weltbürgern« forme.

Journalistische Nachfragen wiegelt Nathz direkt an der Auffahrt ab. Sichtlich genervt von den Fragen meint Dennis Bührig von der FK-Celle: »Das ist eben ein völkisches Erntefest«. Zwischen den Zelten, geschmückt mit Sonnenblumen, laufen auch Kader aus Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen rum. Vor dem Pavillon, bei dem ein Stroh-Altar mit Erntekrone steht, spaziert Stefan Köster, stellvertretender NPD-Fraktionsvorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer in Mecklenburg-Vorpommern – mit Kind.

Pfingsten war auf dem Hof noch mehr los. Seit Jahren finden bei Nathz' rechtslastige Veranstaltungen statt. Der Hof ist Privatgelände, was ihnen einen gewissen Rechtschutz gibt. Schon lange gehört Nathz zur Szene. Für die NPD kandidierte er zur Landtagswahl 2008. Im Ort ist seine Gesinnung bekannt. Manch älterer Anwohner soll sich mit ihm gut verstehen. Über dem Hof flattert regelmäßig eine große Reichskriegsfahne.

Am Pfingstwochenende vom 25. bis 28. Mai 2007 wehte obendrein die HDJ-Fahne – eine rote Flamme auf schwarz-weißem Grund. »Mein Glaube ist der Kampf« gilt als eine der Parolen der HDJ. Ihr Programm bei den Lagern: Strammstehen, Frühspor und Gewaltmärsche mit Gepäck. Mit einem Appell beginnt jeder Tag. Schließlich wollen die HDJ-Kader den Jugendlichen »ein Leben mit Tradition und Werten« für ein »unabhängiges Deutschland« anhand von »körperlicher und geistiger Lebensführung« beibringen. Tanja P. sagt es deutlicher: »Die Kinder werden dort vorbereitet auf den zu erwartenden Straßenkampf, auf Demonstrationen.«

### **»Germanische Wettkämpfe«**

Bei den weißen Jurte-Zelten spielten Kinder und Jugendliche. Vermeintlich »Germanische Wettkämpfe« bestritten die etwas älteren Kinder. Auf

der Wiese am Waldrand übten Jugendliche Speerwerfen. Auch zum Training fürs Kugelstoßen lag alles bereit. Es wurde getanzt und gesungen. Appelle mit Trompeten gab es später wieder. »Schon recht militärisch«, meinte ein Polizist, der das Lager aus der Distanz beobachtete. Drill und Zucht, dachte auch Stefan Hörbler, als er auf der Burg Hohenberg die HDJ erlebte.

Auf der Burg in Franken hatte sich der neonazistische Verein für eine Woche eingemietet. Ihr Winterlager 2006/2007 richteten sie dort mit 80 Personen aus, überwiegend Kinder waren da. An die Tage kann sich Hörbler, Geschäftsführer der Bildungseinrichtung die die Burg trägt, noch gut erinnern. »Ich bin ja ein grundkonservativer Mensch, aber das ging zu weit«, sagt er, denn das Treffen hatte »militärischen Charakter. Wir kennen Fahnenappelle, aber nicht mit dem militärischen Drill«. Die Kinder, berichtet er, mussten vor der Fahne frierend ausharren. »Die wollten die Kinder abhärten«, sagen die Mitarbeiter der Einrichtung. Die HDJ erklärt selbst, die »Ideale soldatischer Erziehung« anzustreben, denn: »Wir verlangen Disziplin und Gehorsam«.

### **»Völkisch-nationale Parallelwelt«**

»Die Kinder und Jugendlichen werden in eine völkisch-nationale Parallelwelt eingeführt«, betont Andrea Röpke. Die Rechtsextremismusexpertin hat über zwei Jahre zu der HDJ recherchiert. In Blankenfeld, nicht weit von Berlin, griffen HDJler die Journalistin und einen Fotografen bei ihrer Arbeit an. Am 4. November 2006 wollten sie den »6. Märkischen Kulturtag« dokumentieren. Etwa 250 Anhänger kamen zu dem Gasthof in dem Ort. Als einige Rechte die Journalisten entdeckten, griffen sie an. »Wir rannten in einen Supermarkt«, berichtet die Buchautorin, doch dort half niemand. Einer der Neonazis schmiss die Rechtsextremismusexpertin immer wieder zu Boden, während andere Rechte den Fotografen angriffen. Zeugen sprachen später gegenüber der Polizei von fünf Angreifern. Einer schlug Röpke nieder, »Er traf mich gezielt ins Gesicht«, sagt sie.

Seit etwa 1990 setzten die ersten Bemühungen der HDJ, die in Berlin ihren Sitz hat, ein. Als Verein ist die HDJ im schleswig-holsteinischen Plön eingetragen. Die HDJ führt mehrere »Einheiten«, die teilweise gleich mehrere Bundesländer organisatorisch abdecken. So sind in der Einheit »Nordland«, Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zusammengefasst. Aktivitäten gibt es ebenso in Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen.

### Hitler-Jugend, Wiking-Jugend, Heimattreu Deutsche Jugend

In der Studie »Ferien im Führerbunker« wird aufgezeigt, dass im HDJ-Netzwerk ganze Familien verwoben sind. Manche gar in zweiter und dritter Generation. Holle Böhm, die seit 2005 bei der HDJ »Bundesmädelführerin« ist, kommt aus so einer »Sippe«. Einer ihrer Großväter gehörte der Leibstandarte Adolf Hitler an. Nach dem Krieg arbeitete er als Lehrer. Tochter Ingeborg heiratete den Sozialpädagogen Rolf Dieter Böhm, Holles Vater. Die Eltern teilen die Gesinnung der »Alten«. Die ältesten Kinder traten mit 10 Jahren der neonazistischen Wiking-Jugend (WJ) bei. Die Familie betrieb einen Pony-Ferienhof, den »Thulehof« in Sandwehle in Schleswig-Holstein. Sie gingen dann nach Argentinien. Wenige Jahre später aber kehrt die Familie nach Deutschland zurück. Holle Böhm zog zu ihrer älteren Schwester und deren Ehemann, dem ehemaligen WJ-»Gauführer Berlin«. Die Schwester schickt die Ältesten ihrer fünf Kinder zur HDJ. Holles Bruder Ragnar Böhm soll in Schleswig-Holstein zwei Bekleidungsäden betreiben, die als rechte Treffpunkte gelten. Die HDJ wirbt mit solchen Traditionslinien: »Eltern, die früher selbst einmal bei uns gewesen sind, schicken heute ihre Kinder«.

### »Ring Nationaler Frauen« und »Gemeinschaft Deutscher Frauen«

Beim Erntedankfest in Eschede ist auch die Familie Riefing. Dieter Riefing, Chef der »Freien Kräfte Hildesheim«, sucht das Gespräch mit Gesin-



Über die Szene hinaus Frauen für die nationale Sache gewinnen:  
Ring Nationaler Frauen (RNF)

nungsfreunden. Seine Frau Ricarda kümmert sich derweil um eines ihrer Kinder. Doch sie ist mitnichten bloß »Anhängsel eines Kameraden«.

In Niedersachsen dürfte die Mitzwanzigjährige zu den führenden Frauen in der »nationalen Opposition« zählen. Am 28. Juli wetterte sie als Rednerin bei einem Marsch der militanten »Nationalen Offensive Schaumburg« in Bad Nenndorf über die Alliierten. »Sie haben uns nicht befreit, sie sind über uns hergefallen. In Begleitung von Mord, Folter, Vergewaltigung«, schimpfte sie. Bei der NPD-DVD zur Landtagswahl in Niedersachsen 2006 zeigt sie sich indes als liebevolle junge Mutter. Bei der NPD-Unterorganisation »Ring Nationaler Frauen« (RNF) und der »Gemeinschaft Deutscher Frauen« (GDF) ist die Frau, die aus einem rechten Elternhaus kommt, sehr engagiert. Einige Frauen der GDF kommen, wie bei der HDJ, aus völkisch-nationalen Familien. Die GDF gilt als mitgliedsstärkste Frauenorganisation in der Szene. Groß die Öffentlichkeit sucht sie nicht. Ihre Intention ist, ganz ähnlich der HDJ, vor allem innerhalb der Szene die Anhänger weiter zu schulen und gänzlich zu integrieren. Ihr Symbol, das »Dreierschild«, ist der germanischen Mythologie entlehnt, das angeblich »Werden, Sein und Vergehen zu neuem Werden« zeige.

Frauen aus dem zuvor aufgelösten »Skingirl Freundeskreis Deutschland« (SFD) schoben 2000 den Aufbau voran. Mit dabei: die SFD-Aktivistin Stella Paul. Sie verantwortet offiziell die Website der GDF. Seit 2006 ist sie zusätzlich Bundessprecherin des RNF. Nicht bloß Riefing und Paul wirken in beiden Frauenstrukturen mit. Doppelmitgliedschaften sind möglich, auch weil die Konzepte unterschiedlich sind. Der RNF will über die Szene hinaus Mädchen und Frauen für die »nationale Sache« gewinnen. Schon ein Blick auf die Website der GDF offenbart: Frauen versuchen Frauen, mit einem Netz von Angeboten zwischen Freizeit, Familie und Kinderbetreuung in eine völkische Gemeinschaft, die alltägliche Lebenshilfe mit einschließt, einzubinden. Unter der Rubrik »Wissen« auf der Website finden sich Hinweise zu Gesundheitsvorsorge, Homöopathie, Bioprodukten und dem »Totengräber Zucker«. Bei der Rubrik »Kultur« werden vermeintlich germanische Bräuche vorgestellt, mit Tipps zum Julefest, Sonnen- und Winterwende. »Zwergenpostseite« heißt eine weitere Rubrik. Für die Kinderbetreuung finden sich hier Bastel- und Spielideen. Die Geburtstagskinder des Monats werden vorgestellt. Kinder lächeln einen in der »Fotogalerie« an.

Das Angebot spiegelt die Ausrichtung der GDF wieder. Die GDF betont, »mit der richtigen Erziehung von drei bis fünf Kindern« sei »politisch mehr erreicht«, als wenn Frauen in einer Organisation »tätig«

würden. Ihre Sorge ist das Verschwinden des deutschen Volkes: »Nur gemeinsam wird die Rettung der deutschen Mutter und der deutschen Lebensart, die Erhaltung des deutschen Volkes möglich sein«. In ihrer Selbstdarstellung schreiben sie: »WIR, das sind Mädels, Frauen und Mütter, die aktiv an einer nationalen Gemeinschaft teilhaben (...).WIR, leben Kameradschaft. WIR, erweitern unser Wissen über deutsches Brauchtum und unsere Kultur und Geschichte, über Kindererziehung, ganzheitliche Lebensführung, Politik und vieles mehr. WIR, wissen, wie wichtig die Stellung der Frau im Schicksalslauf unseres Volkes ist«. Die Sozialwissenschaftlerin Renate Bitzan betont, dass ist eine »radikale Geschlechterdifferenzierung«, die die »Unterordnung für die völkische Sache« bedeutet.

Das Ideal der »Mutterfrau«, wie sie die vermeintlich natürliche geschlechtsspezifische Rolle nennen, bedeutet aber nicht, dass die Frauen bloß im Heim auf ihre Recken warten und ihren Nachwuchs pflegen. Auch diese Szene, hebt Bitzan hervor, »entwickelt sich weiter, und das schlägt sich in vielen Angeboten nieder«. Die gesellschaftlichen Entwicklungen laufen eben auch an der GDF nicht ganz vorbei. Die GDF-Kaderinnen laufen selbstverständlich bei Aufmärschen mit. Ihr blaues Transparent zielt immer wieder ein Spruch, der gleich ihr ganzes Selbstverständnis ausdrückt: »Ein Volk steht und fällt mit seinen Frauen«. In Hamburg nahmen die GDF-»Ballküren« am 21. Juli 2007 an einem »nationalen Fußballturnier« teil. »Ballküre Maria« und »Anfeuerin Tanja« berichten stolz: »Die Ballküren zeigten sich von ihrer schönsten, angriffslustigen (...) und sturmfesten Seite«. Platz 13 belegten sie bei dem Turnier mit 16 Mannschaften. Doch die wirkliche Aufgabe vergaßen Maria und Tanja auch hier nicht: »Während wir uns zu Hause von unserem sportlichen Auftritt erholten, hat unsere liebe Freundin und Kameradin Steffi auch größten Einsatz gezeigt und eine gesunden Sohn zur Welt gebracht«.

In der GDF bestehen Arbeitsgruppen wie »Brauchtum & Kultur«, »Natur & Heimat« und »Mutter & Kind«. Die AG »Mutter & Kind« verantwortet das Heft »Die Zwergenpost«, das sich »rund um Mutter werden, Mutter sein und Kindererziehung beschäftigt«. In sieben Regionalgliederungen ist die GDF aufgebaut. Die mitgliederstärkste GDF-Sektion aus Berlin und Brandenburg bemüht sich besonders die Schulung ihrer 17- bis 35-jährigen Anhängerinnen voranzutreiben.

Schulungen richtet auch Ricarda Riefing aus. In Coppengrave, nahe Hildesheim, lebt die Familie. Ein Haus am Ortrand ist ihr Heim. Alle drei Wochen soll sie zehn Frauen schulen. Ein Körbchen würde sie auf den Tisch stellen, berichtet Riefing der »Süddeutschen Zeitung«. In dem Korb

sind Zettel mit politischen Begriffen. Per Würfel wird entschieden wer einen kleinen Vortrag über den Begriff halten muss. Wer die niedrigste Zahl würfelt ist genötigt zu reden. »Wir lernen alles, Sonnensystem, Osteinsatz des BDM, Gilden, Zünfte, Hildegard von Bingen« erzählte Riefing. Ihre Frauen üben aber auch, was sie zu Konzentrationslagern sagen sollen, oder zu dem »mit den Juden«. Begegnungen mit Zeitzeugen richten sie auch aus. Eine besondere Form der Geschichtsvermittlung. Für die GDF lud Riefing, gemeinsam mit den »Freien Kräfte Hildesheim«, am 2. Dezember 2006 den ehemaligen Jagdflieger Reinhold Leidenfrost ein. Der unbelehrte Altnazi erzählte schwärmerisch vor rund 75 Gästen in einem Saal in Salzgitter vom »Deutschen Reich, dem Krieg und seinem späteren Aufenthalt in Afrika«. Bei der GDF wird selbst von »BDM-Frauen im Osteinsatz« auf der Website »berichtet«. Fahrten und Ausflüge, verbunden mit politischen Vorträgen, finden regelmäßig statt. Ganz angetan berichtet Riefing von der GDF-Herbsttagung 2006 im Harz. Zum Programm gehören Kennenlernspiele mit Hexentüchern, Ausflüge zu Kräutergartenanlagen, aber auch, so Riefing: »Bei der Morgenfeier haben wir Gedichte für die Heimatvertriebenen des Deutschen Osten vorgetragen. Wir gedenkten unseren Brüdern und Schwestern, die in Deutschen Städten noch immer unter fremder Herrschaft leben müssen. Wir hoben hervor, dass wir ein Volk sind, dass wir ein Land sind!«.

Bei dem Treffen nahmen sie »endlich wieder eine Frau aus Niedersachsen in unserer Gemeinschaft« auf, wie Riefing



In GDF und RNF engagiert:  
Ricarda Riefing

berichtet. Einfach mal eintreten ist aber bei der GDF auch nicht so möglich. Prüfungen müssen abgelegt werden, um die Glaubwürdigkeit zu beweisen. Wartezeiten von einem Jahr soll es geben. Sieht sich die GDF doch auch als Lebensgemeinschaft. An die 50 festen Kaderinnen dürften der GDF bundesweit angehören. Gemein haben HDJ und GDF, dass sie eine »funktionierende braune Parallelgesellschaft« sind. In ihr würde Individualität für Frauen und Kinder kaum geduldet. Alltagsleben und Freizeit fänden fast vollständig in der Szene statt. Aussteigerinnen berichten, dass Wochenenden mit politischen Treffen oder Brauchtumsfesten lange verplant seien. Gewalt gegen Kinder erlebten sie auch. Der Druck, perfekte Mutter im rechten Geist zu sein, wäre zudem hoch. Wenn Probleme durch diese Überforderung auftauchen, schreiten Kameradinnen ein, um die Betroffene zu betreuen. Nicht alleine aus Hilfsbereitschaft. Die Frauen sollen »dabei bleiben«.

Bei der GDF tragen die Mädchen und Frauen fast immer lange Röcke, helle Blusen und Zöpfe. Die HDJ musste sich von ihrem uniformierten Dress trennen. Jungenschaftsjacken kurz Jujas, Grauhemd oder – Bluse, dürfen sie nicht mehr tragen. Das Bundesinnenministerium hat das Tragen der Uniform untersagt. »Das Verbot hat Bestand«, erklärte eine Ministeriumssprecherin. Die taz hatte nachgefragt, weil die HDJ sich auf ihrer Website trotz Verbot in »Kluft« inszeniert. Im »Funkenflug«, schreibt Rübiger auch trotzig: »Mäßig beeindruckt zeigen wir uns (...), dass man uns in die stilllose BRDisten-Uniform zwingen will. Wir entscheiden immer noch selbst, welche Kleidungsstücke wir tragen«. In ihrem Kalender »Unser Leben 2008« posieren sie ebenso in Uniformierung.

### Ersatzorganisation der Wiking-Jugend

Doch nicht nur die Uniformierung erinnert an die WJ, die 1994 »wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und der Hitler-Jugend« verboten wurde. Programm und Profil verstärken den Eindruck einer Nachfolgeorganisation. Recherchen offenbaren immer wieder personelle Kontinuitäten von WJ zur HDJ. Rübiger war bei der WJ Gauführer Sachsen. Günther Frankenberg, Jura-Professor an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main, meint: Die HDJ »sei eine Ersatzorganisation der Wiking-Jugend«. Dort wurde auch das Rüstzeug für mögliche neonazistische Karrieren früh gelegt. Bei der WJ marschierte Udo Pastörs schon mit. In Hoffnung auf wohl ähnliche Grundlagenbildung schwärmte NPD-Fraktionschef in Mecklenburg-Vorpommern Pastörs so auch von der HDJ: »Die machen sehr gute Jugendarbeit, kann ich Eltern nur empfehlen«.

Zum Schutz der Kinder fordern einige SPD- und Grüne Bundestagsabgeordnete ein Verbot als WJ-Nachfolgeorganisation. Niels Annen, SPD-Bundestagsabgeordneter und Leiter der Projektgruppe Rechtsextremismus des Parteivorstandes, betont: »Die frei zugänglichen Informationen legen in der Ideologie, Aktionsform und im Selbstverständnis eine Ähnlichkeit zur WJ mehr als nahe.« »Ein Nachfassen scheint dringend geboten«, sagt auch die Grünen Rechtsextremismus-Expertin im Bundestag, Monika Lazar.

## 6. Kapitel: »Wir machen dich fertig«

### – Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten

Die Aufnahme führte zu der Anklage. Ohne das Handyvideo hätten die sechs Beschuldigten vor dem Amtsgericht Güstrow wohl nicht verurteilt werden können. Am 3. März 2008 sprach das Gericht die sechs Männer im Alter von 18 bis 24 Jahren wegen Landfriedensbruch für schuldig. An die 50 Personen waren an den Ausschreitungen im nahen Bützow beteiligt. Geschäfte und Stände von nicht-deutschen Betreibern zerstörte der Mob bei dem Volksfest in der mecklenburg-vorpommerischen Kleinstadt. Vor Gericht wurde aber nicht von einer »ausländerfeindlich motivierten Tat« ausgegangen. Seit Jahren steigen nicht bloß die »rechtsextremen Straftaten«, regelmäßig lösen auch Bewertungen der Ermittlungs- und Strafbehörden Verwunderung aus. Das Ausblenden des politischen Tathintergrunds beklagen Opferberatungsstellen wie die »Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt« in Sachsen-Anhalt immer wieder. »Diese Ausblendung ist auch immer eine Missachtung der Opfer«, betont Tim Bleis von Lobbi e.V. (Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern) zu dem Verfahren in Güstrow.

#### **Bützow – »Deutschland den Deutschen!«**

»Wir hatten zum ersten Mal Angst um unser Leben«, sagt Saqib Mahmood. In der Nacht vom 24. zum 25. August 2007 stürmte der Mob während der »Gänsemarkttag« seinen Imbiss. Zuvor war es bei dem Volksfest in Bützow laut der Polizei »noch nie so ruhig« gewesen, die sich deswegen zurückzog. Nicht die einzige Fehlentscheidung in jener Nacht. Denn kaum waren die Beamten weg, begannen über 50 Personen ungestört Stände und Wagen auf dem Fest umzustürzen und Sonnenschirme anzuzünden. In der Lange Straße schlugen sie gegen die Tür des Imbiss, bis das Glas zersprang. Schaufenster, Jalousie und Inneneinrichtung zerstörten sie. »Deutschland den Deutschen« grölten die Angreifer, als sie glühende Kohle vom Grill über den Boden verteilten, wohl in der Hoffnung, dass der Imbiss Feuer fängt. Über den Laden hat die deutsch-pakistanische Familie Mahmood ihre Wohnung. Dort bangten sie mit ihrer damals vierjährigen Tochter um ihr Leben. Saqib Mahmood erinnert noch, dass gerufen wurde: »Scheiß Türke, wir kommen hoch und machen dich fertig!«. Aus dem Mob griffen Männer auch gleich einen türkischen Händler an – mit Eisenstangen. Verletzt konnte er fliehen. Sein Stand wurde zerstört.



1. Mai 2005 in Leipzig

#### **Polizei mit schwerwiegenden Führungsfehlern**

Gut eine Stunde nach den ersten Anrufen von besorgten Anwohnern bei der Polizei kamen vier Beamte. Als Flaschen flogen, zogen sie sich zurück. Aus »Gründen der Eigensicherheit«, so die polizeitaktische Begründung. Kurz nach 5:00 Uhr traf die Verstärkung ein.

Vor Gericht führt ein Verteidiger das Verhalten der Polizei als »begünstigenden Umstand für eine Eskalation« gleich zur Entlastung seines Mandanten an. Um 2:30 Uhr will ein Angestellter einer Sicherheitsfirma bereits bei der Polizei angerufen haben. Sein Kollege sagte zudem vor Gericht aus, dass ein Polizeibeamter ihm wegen der Anrufe mit einer »Anzeige wegen Belästigung« drohte. Eine Rentnerin berichtet gar, dass sie, als sie bei der Polizei anrief, gleich mehrfach »weggedrückt« worden sei. Bei der Zeugenvernehmung indes konnte ein Polizeibeamter sich nicht genau erinnern. »Es wurden Flaschen geworfen«, sagte er, doch den Abstand konnte er nicht einschätzen. »Weiß nicht« antwortet er auf die Frage, wie viele Angreifer es gewesen waren. Was die Angreifer trugen, was sie grölten, konnte er ebenso nicht beantworten.

»Schwerwiegende Führungsfehler« räumte später Thomas Lenz ein, Staatssekretär des mecklenburg-vorpommerischen Innenministeriums. Die Polizeiführer des Einsatzes wurden versetzt. »Dass die Ausschreitung einen gezielten fremdenfeindlichen Hintergrund« gehabt hätte, möchte Lenz jedoch nicht sagen. Er betont stattdessen, der Alkohol war die »Triebfeder für die Randalierer«.

### Gericht ignoriert politischen Hintergrund

Auch Staatsanwältin Maureen Wiechmann schloss einen ausländerfeindlichen Hintergrund aus. Dass einige der Täter aus der rechtsextremen Szene kommen, streitet sie nicht ab, aber der Alkohol sei nicht zu unterschätzen. Bei der Urteilsverkündung ging Richterin Brunhild Steding ebenso wenig auf den politischen Tathintergrund ein. Eher zufällig sei der Imbiss ins Visier der Angreifer gekommen. Wegen Landfriedensbruch verurteilte das Gericht den Hauptschuldigen Michael W. zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten, sowie Martin M., Sebastian M. und Eric Andre W. zu jeweils mehrmonatigen Bewährungsstrafen. Gemeinnützige Tätigkeiten müssen Hannes W. und Tim W. ausüben. Das Glück der anderen Täter – sie waren nicht auf dem Handyvideo erkennbar, dass Saqib Mahmood zugespielt worden war.

Das Video kennt Bützows Bürgermeister Lothar Stroppe. Sein Fazit zu dem aufgenommenen Angriff: »eindeutig ausländerfeindlich«. Nachdem Stroppe bei einer Verhandlung war, meinte er leicht zynisch, nicht erwartet zu haben, Zeuge einer »Suchtberatung« zu werden. Die Stadtvertreter selbst erklärten in einem offenen Brief, dass in der Stadt eine »rechtsextreme Szene« besteht. »Keine organisierte Kameradschaft«, sagt Kathrin Oxen, Pastorin der Reformierten Kirche, »oder eine feste »NPD-Gliederung«. »Aber«, so Oxen, die auch das »Bündnis für Toleranz und Demokratie« mitträgt, »wir haben hier eine harte Szene von Rechts-extremisten«. Jene subkulturell rechtsgeprägte Klientel fällt bundesweit besonders durch ihre Straf- und Gewalttaten auf. Oxen glaubt, dass die Entpolitisierung des Verfahrens ein falsches Signal gibt. Im Gericht feixten die Kameraden der Täter schon vor dem Urteil. Solche Entscheidungen bestärken auch die Verharmlosungen der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten in der »Mitte der Gesellschaft«. Angesichts ähnlicher Debatten fragte sich Ende 2007 Uwe-Karsten Heye, Vorsitzender des Vereins »Gesichts zeigen – Aktion weltoffenes Deutschland«: »Ich weiß nicht, was noch passieren muss, damit im Land der Eindruck entsteht, wir haben ein Problem«. Die aktuelle Statistik rechtsextremer Straf- und Gewalttaten beruhigt wenig.

### »Kaum ein Tag vergeht ohne Übergriffe«

Der jahrelange starke Anstieg, stellte das Bundesinnenministerium fest, scheint sich 2007 offenbar nicht fortzusetzen. Nach der vorläufigen Gesamtschau meldete das Ministerium von Wolfgang Schäuble 10.935 Delikte. Ende 2006 zählte das Ministerium 12.240 Straftaten. Eine vermeintlich gute Nachricht, doch das Innenministerium ist zu-

rückhaltend. Der Grund: Für das Jahr 2006 musste sie später 5.860 rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten nachmelden. Die Statistik stieg auf 18.100 Straftaten an, davon fast 1.000 Gewalttaten. Zahlen und Daten, die nicht das Leid und die Angst der Betroffenen erfassen können. Bundeskriminalamtschef Jörg Ziercke räumte ein: »kaum ein Tag vergeht ohne Übergriffe«. Die Statistik der Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund führt Sachsen-Anhalt an. Als erstes Westbundesland liegt Schleswig-Holstein auf Platz 5 – zwischen Thüringen und Sachsen. Bereits 2005 belegten beide Bundesländer diese Plätze.

»Die rechte Gewalt hat sich auf hohem Niveau stabilisiert«, erklärt Heike Kleffner, Projektleiterin der »Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt« in Sachsen-Anhalt. Am 29. Januar 2008 legte die Opferberatung ihre Zahlen vor. Sie offenbaren: »Die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, ist in der rechten Szene gestiegen«. 2007 zählte die Opferberatung 151 gewaltsame Übergriffe mit etwa 318 Betroffenen. »Statistisch gesehen wird in Sachsen-Anhalt jeden zweiten oder dritten Tag ein Mensch Opfer rechter Gewalt«, sagt Kleffner. Die Täter wären oft polizeibekannte Rechte oder rassistische Gelegenheits-schläger, die aus militanten Kameradschaften oder rechten Cliquen kommen.

### Sangerhausen – Asylunterkunft zum dritten Mal angegriffen

Aus dem Milieu zwischen Kameradschaft und NPD kamen auch die Täter von Sangerhausen. In den frühen Morgenstunden des 6. Januars warfen drei Männer und eine Frau drei Molotowcocktails in die Asylbewerberunterkunft des kleinen Ortes. Bei einer Tankstelle hatten sie sich zuvor 1,6 Liter Benzin besorgt. Das Klirren der Küchenscheibe um 5.00 Uhr hört Boureima T. sofort. Nicht nur weil sein Zimmer neben der Küche im Hochparterre lag. Er leidet seit längerem unter Schlafstörungen, griffen doch bereits zwei Mal Rechte, im November und Dezember 2006, die Unterkunft an. Er weckte die anderen Bewohner rechtzeitig. Durch einen Sprung aus dem Fenster konnte Boureima T. sich selbst retten. Die Küche und damit der Weg zur Wohnungstür hatte schon Feuer gefangen. Laut Ermittlungsakten, so die »Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt«, kamen die Täter, eine 21-jährige Frau und die Männer im Alter von 24 bis 27 Jahren, von einer Feier des Neonazis und Rechtsrockproduzenten Enrico Marx im nahe gelegenen Sotterhausen.

### »Zum Thingplatz« in Sangerhausen – »Die Jungs und Mädels fahren teilweise zwei Stunden«

Vor gut fünf Jahren, 2003, pachtete Marx dort den ehemaligen Gasthof. In der Szene wird das Anwesen »Zum Thingplatz« genannt. In einem Interview im Rahmen der Szenekampagne »Schöner Leben mit ›Nazi-Läden«, so die Rechtsrockexperten Christian Dornbusch und Jan Raabe, erklärte Marx stolz: »Jeden Freitag ist hier Treffpunkt für Kameraden/innen aus den umliegenden Städten. Die Jungs und Mädels fahren teilweise 2 Stunden um hier zu sein«. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin Judith Rothe baute er die Räumlichkeiten zu einem Treffpunkt aus. Konzerte und Veranstaltungen fanden statt, aber 2006 auch die Gründung der NPD-Unterorganisation »Ring Nationaler Frauen« (RNF). Keine Überraschung, Rothe ist für die NPD im Kreistag Mansfeld-Südharz. Mittlerweile hat sie die Landesverbandsleitung des RNF übernommen. Von dort betreiben sie, so Rothe selbst, den Barbarossa Versand und das Label Barbarossa Records. Seit März 2006 führt Marx den Sangerhäuser Stützpunkt der »Jungen Nationaldemokraten«. In die Jugendorganisation der NPD sind viele Anhänger der von Marx geführten »Kameradschaft Ostara« mit übergetreten. In Sangerhausen zeigt sich, wie wichtig eigene Räume für die Szene sind.

### Der Club 88 in Neumünster – »Da gehen auch Nicht-Rechte hin«

Dort, wo sie ungestört schulen und feiern können, festigt sie sich nicht bloß – die Szene dehnt sich aus. Die Attraktivität durch mehr Angebote hinter den eigenen Wänden strahlt auf andere unpolitische Jugendliche aus. »Da gehen auch Nicht-Rechte hin«, sagt eine junge Frau aus Neumünster.

Seit über 11 Jahren besteht in dem Stadtteil Gardeland der schleswig-holsteinischen Stadt der »Club 88 – The very last Resort«. Der Name ist Programm: »Heil Hitler – der allerletzte Ausweg«. Im Club gegenüber der Grund- und Hauptschule fallen der Polizei kaum Straftaten der Rechten auf. Die Betreiber um Christiane Dolscheid bemühen sich auch, ihre Kameraden zu ermahnen, nichts vor der Tür »zu starten«. Sie befürchten, dass die Stadt nach erfolglosen Bemühungen sonst doch noch eine Schließung erwirken könnte. In der Stadt scheint ihnen diese »Zurückhaltung« nicht nötig. Bei der »Titanic«, einem weiteren Szenelaufpunkt mitten in der Innenstadt, kommt es allerdings immer wieder zu Übergriffen. Nahe der Kneipe liegt gleich ein »Hassobjekt« der rechten Szene: das Aktion Jugendzentrum e.V. »Die Nazis sehen auf der Straße

zufällig einen den sie als ›Links‹ einordnen, schon geht es los. Sie pöbeln erst, dann kommen sie«, berichten Besucher des Jugendzentrums. »Hier kommt es immer wieder zu Übergriffen rechter Gewalttäter« weiß auch Robert Habeck, Landesvorsitzender der Grünen und hebt hervor: »Der Club 88 ist für die Skinhead- und Neonaziszene ein zentraler Kristallisationspunkt«. Nicht allein in der Stadt werden oft nicht-rechte Jugendliche angegriffen. Auch in den ländlichen Gemeinden sind Jugendliche Opfer rechter Gewalt.

### Dithmarschen: Anstieg rechter Gewalt um mehr als 100 Prozent

Lars R. aus dem Kreis Dithmarschen ist einer der Betroffenen der gestiegenen Aggressivität. Vor seiner Wohnung stellten Rechte dem Jugendlichen nach. Mit Stahlrohren standen sie vor der Tür, schildert Lars R., der in der regionalen Antifa-Struktur aktiv ist. Wie er damit umgeht? Er lächelt, und meint sich nicht einschüchtern lassen zu wollen. In Dithmarschen stiegen die registrierten Vorfälle 2006 um über 100 Prozent, erklärte das Kommissariat 5 der Bezirkskriminalinspektion in Itzehoe. Konkret, in realen Zahlen ausgedrückt: von 19 Straftaten im Jahr 2005 auf 40 Taten 2006.

### Sachsen-Anhalt: Manipulierte Zahlen

In Sachsen-Anhalt musste die »Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt« im vergangenen Jahr auch mehrere alternative nicht-rechte Jugendliche betreuen. Neben Ausländern und Migranten werden vermehrt nicht-rechte Jugendlichen angegriffen – oft spontane Begegnungen. Längst verübten aber in Sachsen-Anhalt auch organisierte Rechte, so Kleffner, mehrere Angriffe auf das soziokulturelle Zentrum ZORA in Halberstadt und Naumburg. Am 25. Februar stellte das Landesinnenministerium ihre Jahresstatistik politisch motivierter Kriminalität in Magdeburg vor. Ein Termin, der mit Spannung erwartet wurde. Denn im November 2007 hatten manipulierte Zahlen des Landeskriminalamts die Daten beschönigt. Die Zahl der Gewalttaten war um ein Drittel gesunken. An dem Montag erklärte Innenminister Holger Hövelmann (SPD) prompt, dass 2007 die Zahl rechtsextremer Delikte erneut gestiegen ist. 2007 wurden 1.350 politisch motivierte Straftaten von rechts registriert, 110 mehr als im Vorjahr. Sie registrierten 99 rechte Gewalttaten. Die Opferberatung musste gegenüber der Presse daran erinnern, jedoch 151 rechte und rechtsextreme Gewalttaten gezählt zu haben.



Neu gestartet: Aktion Noteingang [www.noteingang-norddeutschland.de](http://www.noteingang-norddeutschland.de)

### Aufstand der Zuständigen notwendig

Solche Diskrepanzen haben viele Motive: Opfer trauen sich nicht eine Anzeige zu erstatten, auch weil sie bei den Behörden nicht wohlwollend aufgenommen werden. Angehörige warnen, besser keine Anzeige wegen möglichen weiteren rechten Bedrohungen zu machen. Oft nimmt die Polizei aber eben auch den politischen Hintergrund nicht wahr. »Schlägerei unter Jugendlichen«, oder »Auseinandersetzung unter Alkohol« heißt es schnell. Der Bremer Rechtswissenschaftler Felix Herzog kennt diese Problematik. Seine Idee, um bei den Ermittlungsbehörden den Blick auf diesen möglichen Tathintergrund zu schärfen: »rassistische, fremdenfeindliche Hassmotivationen als ein strafverschärfendes Moment in die einzelnen Tatbestände oder in die Strafzumessungsregeln integrieren«. Im Interview mit der taz betont Herzog: »Auf mehreren Ebenen wirkt sich das aus. Bei der Polizei würde das Bewusstsein, was am Tatort und bei den Tatzeugen zu ermitteln ist, geschärft. Bei den Staatsanwaltschaften kann diese Verdeutlichung verhindern, dass Verfahren gegen rechte Gewalt und Hetze wegen Geringfügigkeit eingestellt werden«. Zudem, denkt der Rechtswissenschaftler, sollten diese Delikte im Strafgesetzbuch an exponierter Stelle gebracht werden. Für die Gerichte bedeutet dies, dass sie bei der Beweiserhebung und Strafzumessung diese Fakten zu würdigen hätten. Kleffner betont denn auch: »Polizeiliche Ermittlungsfehler waren in einer Reihe von Fällen Ursache dafür, dass Täter nicht ermittelt werden konnten«. Kritik, die staatliche Stellen nicht gerne hören.

### Mehr Passanten griffen ein

Die Finanzierung von Opferberatungsstellen mit öffentlichen Geldern ist auffallend oft ungewiss. Doch nur ihre dauerhafte finanzielle Absicherung kann die notwendige Hilfe für die Betroffenen gewähren. Mutmachen zum Helfen im Notfall gehört auch zu ihrem Angebot. Erfreut hebt Kleffner hervor: Im vergangenen Jahr griffen mehr Passanten bei rechten Übergriffen ein. Sie halfen den Angegriffenen.

In Bützow hat sich seit den Krawallen vom Volksfest einiges geändert. Schon vorher bemühten sich Anwohner gegen Rechts zu wirken. »Bützow ist seit Jahren Schauplatz rechter Randale«, sagt Karl-Georg Ohse, vom Regionalzentrum für politische Kultur in Ludwigslust. »Gestandene Skinheads waren ja auch beteiligt« weiß er und betont, nun aber »brennt es den Menschen unter den Nägeln«. Mit vielen auch kulturellen Alternativen, hofft Kathrin Oxen, könnte sich langsam wieder eine andere Atmosphäre entwickeln. Von heute auf morgen, sagt die Pastorin und Mitinitiatorin des »Bündnisses für Demokratie und Toleranz«, wird das aber nicht gelingen. Mit viel Diskussion konnte erst im örtlichen Sportverein eine Verpflichtungserklärung gegen Gewalt und Rassismus breiten Zuspruch finden.

### Aktion Noteingang

Eine weitergehende Aktion gegen Rechte Gewalt ist die Aktion Noteingang. Sie wurde Anfang der 90er Jahre in Brandenburg von Schülerinnen und Schülern gegründet. Sichtbarstes Zeichen ist dabei ein Aufkleber in einem leuchtenden Orange mit der Aufschrift »Noteingang«, der in verschiedenen Sprachen verspricht: »Wir bieten Schutz vor rassistischen Übergriffen«. Ziel der Aktion Noteingang ist es, die Ausbreitung von so genannten »National befreiten Zonen« oder »No-Go-Areas« zu verhindern. Die Grüne Europaabgeordnete Angelika Beer, die die Aktion im April 2008 zusammen mit Schülerinnen und Schülern einer »Schule gegen Rassismus« in Kiel wieder neu startete, erläuterte bei der Präsentation in Kiel: »Während andere nur über ein NPD-Verbot reden, suchen wir nach konkreten Instrumenten, mit denen wir der braunen Gewalt entgegentreten können«.

## 7. Kapitel: »Ideale Gebäude«

Immobilien für die Szene – Treffpunkte, Schulungsräume, Geldanlagen und Spekulationsmasse

Den Termin streute die NPD vorab breit: »Sonntagnachmittag Raum Achim«, informierten sie Journalisten gleich über mehrere Kanäle. Nur das Anliegen verriet den Kader aus Niedersachsen nicht. »Regionaltreffen«, »Landestagung«? Nein, zu einer Immobilienbesichtigung hatten die NPD-Kader Matthias Schultz und Daniel Fürstenberg geladen. In Embsen, einem Ortsteil von Achim, besichtigten die beiden die »Mühlensauna«. Freundlich führte der Noch-Besitzer Andreas Lange Neonazis und Journalisten durch die ehemalige Mühle. Die NPD-Fahne hing schon am oberen Fenster des Mühlenturms. Unter Anwohnern kursierte auch schon länger: »Hier sollen Nazis einziehen«.

### »Hier sollen Nazis einziehen«

Nach der Führung zeigten sich Fürstenberg und Schulz von dem Gebäudekomplex mit Sauna und angeschlossenem Erholungs- und Massagebereich beeindruckt. »Der Gebäudekomplex ist für uns ideal«, erläuterte Fürstenberg, NPD-Ratsmitglied in der Gemeinde Dörverden. Er eigne sich für Veranstaltungen jeder Art. Ein NPD-Büro für Rigolf Hennig, der für die Partei im Stadtrat- und im Kreistag des Landkreises Verden sitzt, könnten sie sich auch vorstellen. Die verkehrstechnische Lage im Ortsteil Embsen, in der Nähe zweier Autobahnen, nahe Bremen, dürfte ebenfalls passen. Mit seinen angeblichen Geschäftspartnern, versicherte Lang vor Ort, habe er »keine Probleme«. Mit der NPD habe er zwar nichts gemein, sagte der Kaufmann aus Achim, aber einen Verkauf an Neonazis fände er unproblematisch. Der Kontakt sei an ihn herangetragen worden.

Vor rund zehn Jahren hatte Lange die Mühle gekauft und sie zur Sauna umgebaut. Bis Mitte vergangenen Jahres betrieb er diese selbst. Ein Pächter übernahm glücklos das Geschäft. Heute schuldet ihm dieser eine Summe im fünfstelligen Bereich, behauptet Lange. Weitere Pächter seien ebenso erfolglos gewesen. Zwei Investoren seien abgesprungen, da die Stadt Achim Bauvoranfragen abgelehnt habe. Nun zwingt ihn die wirtschaftliche Lage der »Mühlensauna GmbH« zum Verkauf, so Lange. Über die Kaufsumme schwiegen sich die drei Herren aus. Die Summe spiele keine Rolle, sagte Fürstenberg. Schultz, stellvertretender NPD-Kreisbereichsleiter, kündigte an: »Herr Rieger« werde auch noch vorbeischaun.

### Riegers Immobiliengeschäfte

Ein Name, der in den vergangenen Jahren immer wieder Städte und Gemeinden aufschreckte. Seit Jahren bemüht sich Jürgen Rieger Immobilien für die »nationale Opposition« zu erwerben. Die Sorge vor einem möglichen Neonazitreff oder -schulungszentrum treibt Anwohner regelmäßig um. Mit seinen Kaufbemühungen macht Rieger besonders Schlagzeilen. Der Hamburger NPD-Landeschef träumt von einem neuen Tagungs- und Schulungszentrum. Jahrzehntlang unterhielt Rieger früher in der niedersächsischen Heide das Neonazizentrum »Hetendorf 13«. In der kleinen Ansiedlung fanden in dem »Heideheim« seit 1978 regelmäßig Tagungen, Schulungen und Feste statt. Jahrelang fand vor Ort Protest statt. Später handelten die Behörden. Sie verboten 1998 die Trägervereine, so dass das Zentrum geschlossen werden musste. Seitdem sucht Rieger, von Beruf Rechtsanwalt, immer wieder neue Objekte – bundesweit.

In Achim tauchte er an dem Sonntag allerdings nicht mehr auf. Von einem stillschweigenden Deal der Herren kann hier wohl auch nicht ausgegangen werden. Hoffen die Beteiligten auf einen Preispoker mit der Stadt, um einen überhöhten Kaufpreis unter sich aufzuteilen? Denn warum sonst sollten sie die Presse extra informiert haben? »Immobilienpoker mit Nazijoker«, titelte die »taz«. Solche Deals streitet die NPD Niedersachsen aber ab. Auf ihrer Website beteuert der Landesverband: »Die NPD-Verden« hätte schon am 12. November 2007 per Pressemitteilung erklärt »auf der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten zu sein«. In Absprache mit Hennig suchten sie nach Investoren, um »weitere strukturelle Kapazitäten für die NPD zu schaffen«. In Verden würden sie sich auch für das »Victoria« interessieren. Mit der »Mühlensauna« dürfte die NPD aber nicht viel Glück haben. Achims Bürgermeister Uwe Kellner erklärte gelassen: »Wird die Mühle nicht mehr als Sauna betrieben, ist das eine Nutzungsänderung und dafür muss eine Baugenehmigung beantragt werden«. Die NPD verstimmte, dass mit Nutzungs- und Baurecht ihnen nach einem möglichem Kauf die Raumnutzung erschwert würde. »Unfassbarer Skandal«, schreibt sie prompt. Solche Rechtstreitigkeiten kennt Rieger zu Genüge.

### Der Heisenhof in Dörverden

Still und leise erwarb Rieger allerdings vor Jahren gleich zwei Großimmobilien. Der Name des bundesweit bekannten Neonazianwalts war bei den Versteigerungen nicht aufgefallen. Im thüringischen Pößneck kaufte er 2003 für die »Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd.« mitten im Ort ein Hotel. Die vermeintliche Stiftung, eine Briefkastenfirma in

London mit dem Rechtsstatus ähnlich einer GmbH, zahlte 360.000 Euro. Im Frühjahr 2004 erwarb Rieger, wieder für die »Stiftung« im niedersächsischen Dörverden den »Heisenhof«. Für 255.000 Euro kaufte er die ehemalige Standortkommandantur der Bundeswehr am Ortsrand. Die NPD konnte die Räumlichkeiten ihres Bundesvorstandsmitglieds bereits nutzen. In dem Hotel fand ein NPD-Landesparteitag mit anschließendem Rechtsrockkonzert statt. Über 1.000 Gäste waren Anfang April 2005 gekommen. Bei der Bundestagswahl im selben Jahr nutzte die Partei in Dörverden die vier ehemaligen Bundeswehrgebäude, mit Atombunker und unterirdischen Schießanlagen, als eine der Wahlkampfzentralen. Mit Baurecht und Nutzungsregelungen versuchten Stadt und Gemeinde die Nutzungen einzudämmen. Rechtsstreitigkeiten, wie über das Wohnrecht, laufen, werden aber zurzeit nicht weiter verfolgt. Der Grund: Im Frühjahr 2007 konnten die beiden Immobilien der »Stiftung« Rieger entzogen werden. Er hatte unterlassen rechtzeitig in London seine Geschäftsbücher vorzulegen. Ein Nachtragsliquidator verwaltet nun die Anwesen. Längst will Rieger aber eine Nachfolgefirma eingetragen haben, und versucht vor Gericht die Immobilien zurückzugewinnen. Einen Erfolg erstritt Rieger am 14. April dieses Jahres vor dem Erfurter Landgericht. Ohne seine Zustimmung dürfen weder das Hotel, noch der »Heisenhof« verkauft werden. Ulrich Drews, Pressesprecher des Landgerichts, erklärte, dass das Gericht nach dem GmbH-Gesetz entschied, dass der Nachtragsliquidator das Weisungsrecht der Limited-Gesellschaft zu beachten habe.

Das Startkapital der Firma, die nur zur Irritation »Stiftung« heißt, kommt vom Namensgeber. Der Bremer Lehrer Wilhelm Tietjen vermachte Rieger das Vermögen. Nach seinem Tod richtete Rieger die Briefkastenfirma ein.

### **Ein Landgut in Schweden – Notschlachtung statt EU-Förderung**

Schon 1995 soll der Alt-Nazi Tietjen Rieger Geld für einen Immobilienkauf gegeben haben. In Schweden erwarb Rieger damals ein Landgut. Das burgähnliche Anwesen aus dem 17. Jahrhundert in Sveneby Säteri hat 18 Zimmer und umfasst 650 Hektar Land. Vor dreizehn Jahren zahlte der Neonazianwalt für das Anwesen zwischen den kleinen Gemeinden Töreboda und Mariestad rund 17 Millionen schwedische Kronen. Anfänglich plante er dort gleichgesinnte Familien anzusiedeln, doch das Projekt scheiterte. Wegen angeblich ökologischer Viehhaltung erhielt Rieger seit 1996 jährlich etwa 1,5 Millionen Kronen durch eine EU-Förderung.

2001 hatten Veterinärinspektoren aber bei einem Kontrollbesuch auf Riegers Hof Milchkühe in einem »extrem schlechtem Zustand« entdeckt. Einige der 334 Kühe wurden notgeschlachtet, die anderen beschlagnahmt. Gegen Rieger wurde ein Verbot der Tierhaltung verhängt. Nicht ohne finanzielle Folgen, wie schwedische Zeitungen berichteten. Denn nach der Verhängung des Tierhalteverbots wurden die EU-Subventionen um etwa die Hälfte gekürzt. Auf dem Gut sollten auch Seminare zu Yoga und Gewebeentsäuerung stattfinden. Doch Rieger konnte aus den Seminaren, die in Esoterik-Kreisen beworben wurden, keinen Gewinn ziehen. Sie fielen aus, als die »taz« darauf hinwies, dass die Teilnehmer mit ihrem Geld einen Neonazi unterstützen würden. Doch Rieger gelingt es immer wieder, Geld aufzutreiben. Tietjen dürfte nicht der einzige Alt-Nazi sein, der Rieger sein Vermögen vererbte.

In Hameln hat Rieger gerade zigtausend Euro investiert. Seit 1999 gehört ihm in der niedersächsischen Stadt ein Gebäudekomplex mit ehemaligem Kinocenter, neun Wohnungen und fünf Ladengeschäften. Mit den Baumaßnahmen will er ein Nutzungsverbot für das ehemalige Kino aufheben. Für 2,5 Millionen bietet er die Immobilie aber auch bei Ebay an. In Schlei, nahe Schleswig, gehört ihm zudem ein Fachwerkhaus aus dem 19. Jahrhundert. Nicht die NPD, aber die neofaschistisch-heidnische »Artgemeinschaft«, die Rieger lenkt, nutzt das Haus. Einen verarmten Landschaftsgärtner hatten Schulden zum Verkauf getrieben, dem ein Wohnrecht eingeräumt wurde. In einem kleinen Anbau wohnt er nun. Durch Überschreibung erlangte Rieger indes ein Haus in Rodenberg im Weserbergland. In Hamburg und Hannover gehören ihm weitere Häuser. Er ist nicht der einzige Immobilienbesitzer in der Szene.

### **»Eigene Immobilien als Fundament für ökonomische Autonomie«**

Von rund 20 Großimmobilien in Szenebesitz geht das Bundsamt für Verfassungsschutz aus, Stand 2007. Andere Rechtsextremismusexperten schätzen aber, dass längst der Szene bundesweit an die 50 Großimmobilien gehören. In Borna erwarb der rechtslastige »Verein Gedächtnisstätte« 2005 ein größeres Anwesen. Das 10.500 Quadratmeter große ehemalige Bergbaugelände in der sächsischen Stadt mit Gebäude und Park wurde von einer Immobiliengesellschaft des Bundes für nur 99.000 Euro veräußert. Dem »Verein« stand kurz Ursula Haverbeck-Wetzel vor. Um das Projekt nicht zu gefährden legte die stellvertretende Vorsitzende des »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten« (VRBHV) ihr Amt schnell nieder. In Vlotho an der Weser unter-

hält Haverbeck-Wetzel seit Jahrzehnten das »Collegium Humanum«. In der »Heimvolkshochschule« finden regelmäßig Tagungen und Treffen der Szene statt. Ein Verbot der Trägervereine wird immer wieder gefordert.

In den letzten Jahren siedelten aber auch rechtsextreme Familien gezielt in einer bestimmten Region gemeinsam an. »Eigene Immobilien sind für Neonazis das Fundament, um autonome ökonomische Strukturen für ihre aus Deutschen bestehende ›Volksgemeinschaft‹ schaffen zu können«, betont Andrea Röpke. Diese regionalen Ansiedlungen dienen zudem, um sich im vorpolitischen Raum als nette Nachbarn zu verankern. »Ohne eine feste örtliche Basis«, betont auch das rheinland-pfälzische Ministerium des Inneren und für Sport, »ist effektive Parteilarbeit schwer zu leisten«.

### **Delmenhorst: Initiative für Abwehrkauf**

Ansiedeln wollte sich Rieger in Delmenhorst nicht. Schulungen konnte sich der Neonazianwalt aber im »Hotel am Stadtpark« vorstellen. Doch wollte Rieger die Immobilie, in bester Lage der Stadt nahe Bremen, wirklich für mehr als 3 Millionen Euro erwerben? Nach wochenlangem Bangen, dass hier ein Neonazizentrum entstehen könnte, kaufte die Stadt dem Besitzer die Immobilie ab. Der Verkehrswert lag eigentlich bei rund 1,3 Millionen. Für kurze Zeit machten Gerüchte die Runde, dass der Besitzer mit dem Nazianwalt einen Deal gemacht hatte, um den Kaufpreis in die Höhe zu treiben. Doch 2006 schloss selbst Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) nicht aus, dass »Herr Rieger ganz ernsthaftes Kaufinteresse hat«. Wochenlang sammelten Initiativen Geld, um die Stadt zu dem Abwehrkauf zu bewegen.

### **Melle: Stadt ließ sich nicht erpressen**

In Melle musste die Gemeinde 2007 keine überteuerte Immobilie kaufen. Der alte Bahnhof stand zum Verkauf. Einen unterzeichneten Kaufvertrag ließen im September des Jahres der Noch-Besitzer des alten Bahnhofs, Stefan Schimweg, und Rieger der Stadt zukommen. Die Stadt blieb hart. Bürgermeister André Berghegge (CDU) versicherte, man lasse sich »auch nach der Vorlage des Kaufvertrags nicht erpressen«. Auch im Meller Stadtrat waren sich alle Fraktionen einig darüber, dass die Stadt nicht von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen wird. Es gebe, sagte Berghegger, »immer noch große Zweifel an der Ernsthaftigkeit« von Riegers Angebot. Mehr als 700.000 Euro wollte Rieger angeblich zahlen, der reale Verkehrswert lag bei 200.000 Euro. Im Oktober war der Immobilienpoker vorbei. Auf seiner privaten Internetseite erklärte Rieger:

»Dieses Projekt hat sich zerschlagen«. Die Proteste hätten ihn nicht verstimmt, aber, so räumte er ein, dass der verwaltungs- und baurechtliche Widerstand ihn abgeschreckt habe. Denn die Stadt hatte mit neuen Regelungen die Bebauungspläne und Nutzungsmöglichkeiten für die Immobilie eingegrenzt. So hätte der »bahnaffine« Charakter des Gebäudes bewahrt bleiben müssen. Das waren offenbar zu eng gefasste Regeln, als dass Rieger seinen angeblichen Traum vom Schulungszentrum in Melle hätte verwirklichen können. Mit Rücksprache des Verkäufers habe er von seinem »eingeräumten Rücktrittsrecht vom Vertrag Gebrauch gemacht«. »Ich glaube, uns ist gelungen, dem Geschäftsmodell zwischen Immobilienbesitzern und Rechtsextremen eine Delle beigefügt zu haben«, sagt der Grüne Ratsherr Alfred Reehuis. Die spezifische Situation, dass hier auch die Bahn involviert war, kam ihnen entgegen. Verärgert schimpfte Rieger: Erneut sei das Baurecht benutzt worden, »um damit die politische Opposition massiv in ihren Gestaltungsmöglichkeiten zu behindern«.

### **Scheinkauf oder echte Erwerbsabsichten?**

Zwischen »realen und fingierten Kaufabsichten«, so betont die Länderoffene Arbeitsgruppe »Finanzquellen der rechtsextremen Kreise« 2007 könne nicht immer »eindeutig« unterschieden werden. »Anhaltspunkte für mögliche Scheinkäufe« seien: Eine »möglichst medienwirksame Ankündigung der Erwerbsabsichten«, eine »hohe Diskrepanz zwischen Angebot (...) und Verkehrswert«, sowie »finanzielle Schwierigkeiten des Verkäufers«. Nach einem Ankauf sind Städte und Gemeinde aber nicht handlungsunfähig. Das Baurecht beklagt Rieger ständig. Der Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern führt noch weitere Prüffelder für Behörden und Verwaltung an, die den Rechten eine Nutzung oder einen Umbau erschweren oder gar unmöglich machen könnten. Vorkaufsrechte, Zuwege, Parkplatzmöglichkeiten und Nachbarschaftsrechte könnten überprüft werden, wie Lärmschutz, Gaststättengesetz und Rettungswege.

Doch es geht auch ganz anders, wenn das der ökonomische Druck aushält. In Kühlungsborn sucht Andreas Krechlok seit 2007 einen neuen Inhaber für das Hotel »Schloss am Meer« und die »Villa Reingold«. Rund 4 Millionen kostet die Immobilie in dem mecklenburg-vorpommerischen Ort an der Ostsee. Gleich 300.000 Euro mehr sollen ihm Rechtsextreme geboten haben. Das Geschäft lehnte er aber ab. »Das wäre wirklich das Letzte. Ich will auch in Zukunft aufrechten Hauptes durch Kühlungsborn gehen«, sagt Krechlok.

## 8. Kapitel: »Europa der Vaterländer«

### – Europäische Bestrebungen und intellektuelle Bemühungen

Ein Streitgespräch findet nicht statt. In der Monatszeitung »Aula« sind sich der Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel von der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) und der Landtagsabgeordnete Johann Gudenus von der »Freiheitlichen Partei Österreich« (FPÖ) einig. Ihre Aussagen greifen in dem neu-rechten Magazin aus Österreich ineinander. Gansel versichert in der April-Ausgabe 2008, die »NPD lehnt jede Form der Überfremdung durch kultur- und rassenfremde Menschen entschieden ab«, und Gudenus beteuert, die »FPÖ jedenfalls stellt eine ernstzunehmende Bastion zur Verteidigung des Abendlandes dar«. Die »Herausbildung orientalischer Parallelgesellschaften und die Islamisierung Deutschlands« sei abzuwehren, hebt Gansel hervor, »egal ob sich diese Widerstandshaltung aus dem heidnischen, christlichen oder säkular-aufklärerischen Erbe Europas speist«. Der Islam mit seinen »Begleiterscheinungen wie Kopftuch und Moschee, Ehrenmord und Tiereschächtereie« hätten »in Mitteleuropa« nichts verloren. »Siege über die Türken vor Wien 1592 und 1683 dürften nicht umsonst gewesen sein«, betont der NPD-Kader und sagt: »die ganzen Ausländerbeauftragten, Sprachlehrer und Sozialpädagogen, die einen staatlichen, bezahlten Integrationszirkus« aufführen, müssten »auf die Straße gesetzt werden«. Denn: »Auch hier gilt: deutsches Geld für deutsche Aufgaben«. Rhetorisch fragte er: »Was interessiert mich die Ausbildung von Mustafa und Emine, wenn sie sowieso nicht zu uns gehören?«. Rechte Ressentiments und rassistische Pauschalisierungen, die in der »Mitte der Gesellschaft« längst wachsenden Nachhall finden – europaweit.

Eine europäische Zusammenarbeit von Nationalisten ist eigentlich ein Widerspruch in sich. Europäische Union – Nein, danke! betont die NPD regelmäßig. Denn die EU sei ein »Völkergefängnis«, das »Bürokraten, Wirtschaftslobbyisten und Einwanderungsideologen errichtet« hätten. »Wir sind für ein freies, gerechtes und weißes Europa«, schreibt Jürgen Gansel in der Handreichung »Argumente für Kandidaten & Funktionsträger«. Die Betonung darf auf »weiß« gelegt werden. Der NPD-Landtagsabgeordnete aus Dresden lehnt eine EU-Osterweiterung gänzlich ab: »Die EU-Zentrale in Brüssel ist ein Apparat der Völkerunterdrückung und eine Agentur der Globalkapitalisten, um gewachsene Nationalstaaten, Völker und Kulturen zu zerstören und reif zu machen für die US-dominierte »One World«. Ein

»Europa der Vaterländer«, getreu der rechten »Forderungen ›Deutschland den Deutschen, ›Russland den Russen« wird angestrebt. In ihrem Parteiprogramm von 2004 fordern die NPD das »EU-Europa« durch ein »Europa der Völker« auch territorial neu zu gliedern. Zum »deutschen Volk« kämen jene nach 1945 verloren Gebiete wieder Heim ins Reich.

In der politischen Auseinandersetzung greift die NPD in ihrer Europapolitik aber vor allem die sozialen Themen und aktuellen Konflikte auf. Nicht ohne moderne Formulierungen und ausgefeilte Argumentationen zu entwerfen. Ganz tagespolitisch, ganz populistisch schimpft Gansel, dass der deutsche Steuerzahler die »Melkkuh der Eurokraten« wäre, und klagt, die EU sei ein Teilangriff der »kapitalistischen Wirtschaftsweise unter der Führung des großen Geldes«. Der NPD-Bundesvorsitzenden Udo Voigt wettert ebenso immer wieder, das Europa der EU sei ein globalisierter, fremdbestimmter Bundesstaat, der allein den »Interessen raumfremdem Kapitals« diene. In der »Handreichung« lässt Gansel nicht offen, wer »das Große Geld«, das »Kapital« ist und wo das sitzt: »Dieses hat, obwohl seinem Wesen nach jüdisch-nomadisch und ortlos, seinen politisch-militärisch beschirmten Standort vor allem an der Ostküste der USA«. Kein Ausrutscher von Gansel, der im NPD-Bundesvorstand das Amt »Politik« innehat. Im Gegenteil, das Feindbild Jude ist Parteilinie. Ganz der Linie folgend erklärt sein Fraktionskollege Winfried Petzold, dass durch die EU-Großraumpolitik nicht bloß die kleine Gemeinde Döbeln zerstört werde,



Nationalistische Argumentationen gegen Europa, Globalisierung und »jüdisch-nomadisches« Kapital: Jürgen Gansel

sondern »Deutschland und das übrige Europa (...) im Interesse der globalen Geschäfte der Hochfinanz in eine Anzahl von Großraumregionen eingeteilt« werde. Bei der Landtagsdebatte am 23. Januar 2008 führt er aus: »diesem Ziel« würden »alle regionalen, wirtschaftsräumlichen, kulturellen, kommunalpolitischen und demokratischen Aspekte untergeordnet«. In der »nationalen Opposition« werden so auch die Grenzöffnungen im Rahmen der Schengen-Vereinbarungen als Teilangriff auf Volk und Vaterland verstanden

»Grenzkontrollen weg: Mehr Ausländer, mehr Kriminelle, mehr Illegale«, titelt die sächsische NPD-Fraktion auf Seite Eins ihres Informationsblattes »Klartext«. Seit dem 21. Dezember 2007, warnen sie, »gibt es an den Grenzen zu Polen und zur Tschechischen Republik keine Kontrollen mehr«. Die Fraktion in Schwerin klagt nicht minder über die »Polnische »Bereicherung««. Nach einer Kleinen Anfrage an die Landesregierung verkündet der NPD-Abgeordnete Tino Müller, dass im Kreis Uecker-Randow von den dort 906 lebenden polnischen Staatsbürgern »ganze 42 einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen« würden. Das sei »eine Bereicherung besonderer Art«, sagt Müller am 20. März 2008, der bei den FK seine politische Karriere begann. Zwei Tage zuvor griff Müller auf, dass Stephan Lack, stellvertretender Landesvorsitzender des »Bund der Kriminalbeamten« angeblich betonte: Auf Usedom hätte Kriminalität »jetzt schon fast das Niveau des gesamten Jahres 2007 erreicht« und in der Grenzregion Usedom und dem Landkreis Uecker-Randow »haben die (...) Kriminalisten deutlich mehr Straftaten mit polnischen Tatverdächtigen zu verzeichnen«.

Zu schätzen wissen Neonazis die offenen EU-Grenzen der unterschiedlichen Gesetze wegen. Große Rechtsrock-Konzerte etwa sind vorzugsweise dort, wo der Verfolgungsdruck gering ist – etwa in Belgien, Dänemark oder Italien. Was in Deutschland verboten ist, kann dort oft gesungen werden, ohne dass die Polizei einschreitet. Um diesem Katz-und-Maus-Spiel insbesondere in Grenzregionen die Grundlage zu entziehen, wollte Justizministerin Zypries einheitliche Strafgesetze in der Europäischen Union durchsetzen – scheiterte damit jedoch an den EU-Mitgliedsstaaten.

### **EU = Fremdbestimmung**

In ihrer EU-Politik verwebt die NPD wie so oft tatsächliche Entwicklungen und unterstellte Befürchtungen. Sorgen und Ängste will sie schüren. In ihrer vermeintlichen Sozialpolitik treibt die Partei nicht minder eine Ethnisierung des Sozialen voran. In der »Deutschen Stimme« legt Gansel 2006 dar: »Hartz IV und Globalisierung, Veraländerung und EU-

Fremdbestimmung (sind) bitterböse Gegenwart« und betont: »Insofern haben wir Nationalisten zwingend Gegenwartsthemen aufzugreifen und die soziale Frage konsequent zu nationalisieren. Laden wir die soziale Frage weiterhin völkisch auf – »Wir Deutsche oder die Fremden«, »Unser Deutschland oder das Ausland««. Erneut in der »Deutschen Stimme« hebt er 2007 die biologische Dimension der angeblichen Kapital- und Globalisierungskritik hervor: »Längst ist ein systematischer Bevölkerungsaustausch im Gange, der dem Wolfsgesetz eines Weltarbeitsmarktes folgt (...). So geht deutsche Intelligenz zunehmend ins Ausland, während ausländische Dummheit mit sozialschmarotzerischer Neigung ungebrems ins Land kommt«.

### **Argumentativer Rückgriff auf die »Neue Rechte«**

In der Parteizeitung bemüht sich Gansel ständig, Parteipositionen vermeintlich argumentativ zu untermauern. Mit der Handreichung, die 2006 schon in zweiter Auflage erschien, will der studierte Historiker zudem eine Intellektualisierung in der Partei vorantreiben. Er ist nicht der einzige Parteikader, der hierbei auf Konzepte der »Neue Rechte« zurückgreift. In dem NPD-Hochglanzbuch »Alles Große steht im Sturm« deutet Holger Apfel 1999 die ideologische Modifizierung an. Nach »jahrelanger Vorarbeit junger Nationaldemokraten«, schreibt der NPD-Bundesvize und sächsische Fraktionschef, würde sich das »politische Handeln« der Partei nun »an den Ergebnissen der Naturwissenschaften orientieren und sich zugleich auf die wichtigsten Fragen der Gegenwart konzentrieren«. Apfel verschweigt nicht, wo abgeschrieben wurde: Bei den »jungen Nationaldemokraten«, hätten damals »Denkansätze der Neuen Rechten längst Einzug gehalten«.

In der Bundesrepublik tauchte der Begriff »Neue Rechte« erstmals 1968/69 synonym mit »Junge Rechte« auf. Ursprünglich war er eine Selbstbezeichnung junger Rechtsintellektueller bei der NPD, die sich von der »alten erstarrten Rechten« distanzieren wollten. Mit der Hinwendung zu gegenwärtigen Themen und einem Rückgriff auf vermeintlich wissenschaftliche Erkenntnisse bemüht sich dieses Netzwerk, rechtsextreme Argumentationen und rassistische Ressentiments zu modernisieren. Nach den Wahlerfolgen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern konnte die NPD wieder Personen aus der »Neuen Rechten« für sich gewinnen. In Dresden feilt Karl Richter für die Landtagsfraktion an deren Argumenten und Positionen. Andreas Molau bemüht sich in Schwerin um passende Wortwahl und ausgereifte Ausführungen. Sie beide waren zuvor bei Publikationen der »Neuen Rechten« tätig.

Doch sie schreiben nicht nur. Gern kommen sie, wie auch andere Intellektuelle der Partei, zu Veranstaltungen, um vor Ort modernisierte Positionen vorzutragen. In Berlin richtet die Partei in der Bundeszentrale regelmäßig Lehrgänge für Mitglieder aus. Um die Schulung von rechten Jungendlichen und jungen Erwachsenen bemüht sich die NPD-Jugendorganisation seit 2007 verstärkt.

### **Der Kampf um die Köpfe – gegen Globalisierung und US-Eroberer**

In Bernburg haben die JN ihren Sitz. Am Markt der Kleinstadt in Sachsen-Anhalt nutzen sie Räumlichkeiten. Den »Kampf um die Köpfe« führt Michael Schäfer nicht erst, seitdem er JN-Bundeschef ist. Der Student der Politikwissenschaften an der Martin-Luther-Universität Halle/Saale wirkte zusammen mit Matthias Gärtner beim »Amt Bildung« mit. Im Januar 2007 entstand in Sachsen-Anhalt der »Nationale Bildungskreis« (NBK), der auch eine Vernetzung von Gymnasiasten und Studenten schaffen soll. Mit dem NBK soll aber noch gezielter das Basiswissen von autorisierten Kadern intensiviert werden. Die politische Ausrichtung der JN beschrieb Michael Schäfer in der »Deutschen Stimme« im Dezember 2007: »Wir haben chauvinistische und altrechte Anfälle hinter uns gelassen und leben einen Befreiungsnationalismus, der sozialistisch ist im Wirtschaftlichen, national im Staatlichen, völkisch im Kulturellen und freiheitlich im Denken«. Bemüht unkonventionell im revolutionär wirkenden Schick lässt sich Schäfer ablichten. Fast sieht er mit dem tief ins Gesicht gezogenem Base-Cap, dunkler Kapuzenjacke und Jeans wie ein linksautonomer Student aus. Michael Schäfer, der für die NPD im Kreistag Harz sitzt, kommt aus der extrem rechten Kameradschaft »Wernigeröder Aktionsfront«. Für »die intellektuelle Aufrüstung« hat der NBK einen Ordner mit über hundert Seiten Basiswissen, mit dem nach innen geschult und nach außen geworben werden soll. Mehrteilige Aktivistenschulungen zum »Grundwissen im politischen Kampf« finden in Bernburg längst statt. Bildungsarbeit betreibt die JN ebenso in Sachsen und Baden-Württemberg. Bei den Veranstaltungen werden auch verschiedenste Themenbroschüren, wie »Antikapitalismus von rechts – Nationalen Sozialismus durchsetzen!« berücksichtigt.

In den vergangenen Jahren begleiteten inhaltliche Broschüren aus dem JN- und FK-Umfeld regelmäßig Aktionen und Kampagnen. Ihre Aktionen gegen den umstrittenen Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm 2007 flankierte die NPD mit Diskussionsangeboten zur Globalisierung. Texte gegen den G8-Gipfel wurden auf Websites bereitgestellt. In Me-

cklenburg-Vorpommern erschien die Broschüre »Globalisierung – Das Endziel der amerikanischen Eroberer« und das Schulungsmaterial »Privatisierung – Wirtschafts- und Plünderungsstandort Deutschland«. Presserechtlich verantwortlich zeichnete Enrico Hamisch, Mitarbeiter der NPD-Fraktion in Schwerin. Vor etwas mehr als zwei Jahren, 2005, erschien die Zeitschrift »Hier & Jetzt« das erste Mal. Die Zeitschrift der JN-Sachsen, mit dem Untertitel »Gesellschaft – Politik – Bewegung«, will ein Theorieorgan sein. Nicht bloß bei der NPD löste die Redaktion um Johannes Nagel damals Jubel aus. Die »Deutsche Stimme« berichtete stolz, dass die Zeitschrift, sogar in der sich gern von der NPD abgrenzenden »Jungen Freiheit« gelobt wurde: »Ein junges Periodikum«, das »durch eine gelungene Gestaltung und einen diskutablen (...) überaus informativen Inhalt ins Auge fällt«. In der Selbstdarstellung erklärt die Redaktion: »Vielleicht kann heute, im HIER & JETZT, wo der Nationalismus sich nicht selten subversiver Methoden zu bedienen hat, die Schreibmaschine auch so etwas sein wie ein Kriegsgerät.« In dem Magazin tauchen auch Richter und Molau auf.

### **Rechte Schulungszentren – grenzüberschreitende Netze**

In Rauen, südöstlich von Berlin, wollte Molau ein Schulungs- und Veranstaltungszentrum aufbauen. Doch im Januar 2007 musste er seine Pläne begraben. Den »Hof Johannesberg« in der brandenburgischen Gemeinde hoffte die Familie Molau zu einem »Waldorflandschulheim« umzuwandeln. Der »Bund der Feien Waldorffschulen e.V.« untersagte dem ehemaligen Waldorfflehrer jedoch die Namensnutzung. Bis zum endgültigen Scheitern des Projekts sprach er so denn auch von einem »Bildungswerk für völkisch orientierte Familien«. Kontakte nach Schweden fielen aber auf. Die Firma, die den Hof erwerben wollte, ist in Jönköping ansässig. In der Stadt hat die »Kontinent Europa Stiftung« ihren Sitz. Der Stiftungsvorsitzende Gert Sudohlt ist früher nicht bloß Molaus Arbeitgeber bei dem rechten Organ »Deutsche Geschichte« gewesen. Heute sind sie im Vorstand der Stiftung, die sich zum Ziel setzt: »an einer gemeinsamen europäischen Identität zu schaffen«. Denn »Europa, das ist ein gemeinsamer Gedanke gleicher Werte und Grundhaltungen« und »lebt aus der Vielgestaltigkeit seiner Völker und Kulturen«. Ihr Europa müsste aber »frei von US-Hegemonie, frei von der wirtschaftlichen Ausbeutung durch die Spekulationen der »Globalisierer« sein. Aus dem Umfeld der NPD kommen auch andere Direktoriumsmitglieder der Stiftung, so Lutz Dessau, der bei NPD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern angestellt ist.

Wie bereits erwähnt, erwarb Jürgen Rieger schon 1995 ein Landgut in Schweden. Er scheute sich nicht, EU-Förderung wegen angeblicher ökologischer Viehhaltung für das burgähnliche Anwesen aus dem 17. Jahrhundert in Sveneby Säteri zu beantragen. Ursprünglich sollte das Anwesen zur Ansiedlung gleichgesinnter Familien dienen. 2001 entdeckten Veterinärinspektoren aber bei einem Kontrollbesuch auf Riegers Hof Milchkühe in einem »extrem schlechtem Zustand« und nach der Verhängung eines Tierhalteverbots wurden die EU-Subventionen um etwa die Hälfte gekürzt.

### Die extrem-rechte Europafraktion

#### »Identität, Tradition, Souveränität«

Die Unterschrift von Molau findet sich auch unter der Erklärung »Gemeinsam für ein Europa der Vaterländer«. Eine offene Stellungnahme, die in Deutschland für nachhaltigen Erklärungsbedarf sorgte. Am 25. September 2007 hatte die extrem-rechte Europafraktion »Identität, Tradition, Souveränität« (ITS) Vertreter der »deutschen Rechten« nach Straßburg eingeladen. Der Abgeordnete der »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) Andreas Mölzer, damals auch führend in der ITS tätig, soll das Treffen vorangetrieben haben. An der Tagung in Straßburg nahm auch Jean-Marie Le Pen teil, Vorsitzender der französischen »Front National« (FN). In der Gruppenerklärung versichern die unterzeichnenden Parteivertreter, das »Erbe der Kulturen und Traditionen«, die »nationalen Interessen, Souveränitäten, Identitäten und Unterschiede« sowie die »traditionelle Familie als natürlichen Kernpunkt der Gesellschaft« zu wahren. Gegen den »bürokratischen europäischen Superstaat« wollen sie weiter konsequent opportunistieren. Keine neuen Anti-EU-Positionen, die in der extrem-rechten Szene überraschten. Alleine die Unterzeichner der »maßgeblichen Vertreter der deutschen Rechten« verwunderten. Haben doch neben den NPD-Kadern Udo Voigt, Holger Apfel, Udo Pastörs und Andreas Molau sowie den DVU-Funktionären Gerhard Frey Senior, Gerhart Frey Junior, Bruno Wetzel, Liane Hesselbarth, auch »Republikaner«-Bundesvorsitzende Rolf Schlierer unterzeichnet. Von »Pro Nordrhein-Westfalen« und »Pro Köln« unterschrieben ebenso Markus Beisicht und Markus Wiener. Besonders Schlierers Unterschrift verwunderte. Wehrt doch gerade die Republikaner (REP) die Zusammenarbeit mit der NPD grundsätzlich ab. Schnell wurde nicht nur in der Szene diskutiert, ob mit der Konferenz auch eine Bündniskandidatur zur Europawahl 2009 eingeleitet werden sollte. Trotz des Neins der REP zum »Deutschlandpakt« von NPD und DVU, um zusammen die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. »Eine glatte Falsch-

meldung«, schrieb sogleich Schlierer und versicherte: »Eine gemeinsame Europa-Liste mit der NPD wurde nie vereinbart, und es wird sie auch niemals geben«. Die Einladung nach Straßburg habe er angenommen, ohne den Teilnehmerkreis genauer gekannt zu haben, sagte er der »Jungen Freiheit« am 5. Oktober 2007 und betonte: »Wir halten an dem Abgrenzungskurs unverändert fest«, denn »es gib mit der NPD keine Gesprächsbasis«. Keine zwei Wochen nach der Tagung richteten die REP ihren »Europa-Kongreß europäischer Patrioten« aus. Ohne die NPD. Erfreut titelte die »Junge Freiheit« am 12. Oktober 2007: »Klare Absage an die NPD«. Rund 750 Mitglieder und Gäste waren an dem Wochenende des 5./6. Oktober vergangenen Jahres nach Mainz gekommen. In der Rheingoldhalle hob Mölzer hervor: In Deutschland müsse die »Ausgrenzung der Ausgegrenzten« beendet werden. Der »Junge-Freiheit«-Autor Felix Krautkrämer kritisierte seinen Autoren-Kollegen Mölzer prompt in der Wochenzeitung: »Mölzer vermied es allerdings, zu konkretisieren, wen er mit ›deutscher Rechte‹ meinte«.

### Am eigenen Rassismus zerbrochen

Bei der ITS hatte Mölzer nicht mal einen Monat später noch weitere Sorgen. Die Fraktion der extrem-rechten Parteien im Europaparlament zerbrach. Erst im Januar 2007 hatte sich die ITS gebildet, da durch die EU-Erweiterung weitere extrem-rechte Mandatsträger aus Bulgarien und Rumänien ins Parlament zogen. Die anderen extrem-rechten Abgeordnete



Für ein Europa der Vaterländer:  
Udo Pastörs

ten aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Österreich konnten mit den neuen Amtskollegen eine Fraktionsgruppe bilden. Nach knapp elf Monaten war im November der interne Streit jedoch zu groß. Letzten Anlass zur Trennung lieferte Alessandra Mussolini, Enkelin des »Duce«. Die italienische Abgeordnete von »Alternativa Sociale« hetzte mit rassistischen Äußerungen gegen Rumänen. Auslöser waren »rassistische Krawalle und Hetzreden in Italien nach dem Mord an einer Italienerin in Rom, für den ein rumänischer Einwanderer verantwortlich gemacht« wurde, so Redok, ein Informationsdienst gegen Rechts im Internet. Verärgert verließen die fünf rumänischen Abgeordneten von Paridul Romania Mare die Fraktion.

Das Auseinanderbrechen der ITS beeinflusste die europäischen Beziehungen der NPD wenig. Seit Jahren unterhält die Partei in Europa Kontakte zu anderen rechtsextremen Parteien und Organisationen. In Spanien nehmen NPD-Granden immer wieder an Gedenkfeiern zum Todestag Francisco Franco teil. Bei der Manifestation auf den Plaza de Oriente sprach Voigt in Madrid schon öfters. Nach Ungarn reisen NPD-Kader auch regelmäßig. In Budapest nehmen sie am »Tag der Ehre« teil. Im Februar erinnern ungarische Rechtsextremisten regelmäßig an jenem Tag an die »heldenhaften Verteidiger der ungarischen Hauptstadt« vor der »bolschewistischen Invasion« 1945. Auf dem »Platz der Helden« sprach am 9. Februar 2008 der Berliner NPD-Landeschef Eckhart Bräuniger vor rund 1.500 Kameraden.

### Nein zur EU – kein Nein zur Europawahl

Das Nein zur EU bedeutet für die NPD aber nicht ein Nein zur Europawahl. 2004 trat die NPD an, um die »deutschen Interessen« zu vertreten. Von 0,4 1999 konnte sie sich auf 0,9 Prozent steigern. In den westlichen Bundesländern blieb sie durchweg unter dieser Prozentzahl. Nur im Saarland bekam sie 1,7 Prozent. In den östlichen Bundesländern lag die NPD indes durchweg zwischen 1,6 und 1,8 Prozent. In Sachsen erreichten sie 3,3 Prozent.

Doch für die NPD zählt nicht alleine ein großer Wahlerfolg. Schon die »kleinen« Erfolge sichern dank Wahlkampfkostenrückerstattung die Parteifinancen mit ab. Die Europawahl nutzte sie, wie alle Wahlen, um vermeintlich demokratisch legitimiert ihre rechtsextremen Positionen weiter zu verbreiten.

## Literaturhinweise

- Agentur für soziale Perspektive e.V. (Hg.): Versteckspiele. Lifestyle, Symbole und Codes von neofaschistischen und extrem rechten Gruppen. Hamburg: rat, Broschüre, 2006.
- Assheure, Thomas/Sarkowicz, Hans: Rechtsradikale in Deutschland. Die alte und die neue Rechte. München: C.H. Beck, 1992.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg. Rechtsextremismus und Gewalt gegen Fremde in Deutschland. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2001.
- Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 1990.
- Bündnis 90/Die Grünen Fraktion im Sächsischen Landtag (Hg.): Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Strategie und Ideologie, Dresden, 2006.
- Butterwegge, Christoph: Rechtsextremismus. Freiburg im Breisgau: Herder, 2002.
- Bitzan, Renate (Hg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen. Berlin: Elefanten Press, 1997.
- Decker, Oliver/Brähler, Elmar/Geißler: Vom Rande der Gesellschaft. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, 2006.
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategie, Hamburg/Münster: rat, 2002.
- Dornbusch, Christian/Raabe, Jan: RechtsRock – Made in Thüringen, Erfurt, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2006.
- Gertoberens, Klaus (Hg.): Die braune Gefahr in Sachsen, Dresden, Edition Sächsische Zeitung 2004.
- Hafener, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten, Berlin, Friedrich Ebert Stiftung, 2007.
- Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 5. Frankfurt am Main: Surkamp, 2007.
- Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 6. Frankfurt am Main: Surkamp, 2008.
- Lynen von Berg, Heinz: Rechtsextremismus in Ostdeutschland seit der Wende. In: Kowalsky, Wolfgang/Schröder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994.
- Mecklenburg, Jens (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus. Berlin. Elefanten Press, 1996.

- Pfeiffer, Thomas: Für Volk und Vaterland. Das Mediennetz der Rechten – Presse, Musik, Internet. Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag, 2002.
- Röpke, Andrea: Ferien im Führerbunker. Die neonazistische Kindererziehung der »Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ)«, Braunschweig, ARUG, 2007.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Braune Kameradschaften. Die militanten Netzwerke im Schatten der NPD, Berlin, Ch. Links Verlag, 2005.
- Röpke, Andrea/Speit, Andreas (Hg.): Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin, Ch. Links Verlag, 2008.
- Schröm, Oliver/Röpke, Andrea: Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis. Berlin: Ch. Links Verlag, 2001.
- Schubarth, Wilfried/Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske + Buderich, 2000.
- Speit, Andreas (Hg.): Ästhetische Mobilmachung. Dark Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechte Ideologien, Hamburg, rat, 2002.
- Speit, Andreas: Mythos Kameradschaft, Braunschweig, ARUG 2005
- Speit, Andreas: Rechtsextremisten in Norddeutschland. Wer sie sind und was sie tun, (herausgegeben von Angelika Beer), Berlin, 2006.
- Staud, Toralf: Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2006.
- Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung, 2005.
- Volkov, Shulamit: Antisemitismus als kultureller Code. München: C.H. Beck, 2000.
- Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts. Wochenschau Verlag, 2008.
- Zuckermann, Moshe: Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschland. Göttingen: Wallstein, 1999.

## Links gegen Rechts

Hier finden Sie eine Liste von Initiativen, Bündnissen, Informationsportalen und Zeitschriften, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten kritisch mit Rechtsextremismus auseinandersetzen. Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- Bundesprogramm Vielfalt tut gut: [www.vielfalt-tut-gut.de](http://www.vielfalt-tut-gut.de)
- Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt: [www.buendnis-toleranz.de](http://www.buendnis-toleranz.de)
- Netzwerk für Demokratie und Courage: [www.netzwerk-courage.de](http://www.netzwerk-courage.de)
- redok: [www.redok.de](http://www.redok.de)
- Mut gegen Rechte Gewalt: [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)
- Blick nach rechts: [www.bnr.de](http://www.bnr.de)
- NPD-Blog.info – Eine kritische Dokumentation über die rechtsextreme NPD und deren Umfeld: [www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info)
- Der rechte Rand – Informationen von und für AntifaschistInnen: [www.der-rechte-rand.de](http://www.der-rechte-rand.de)
- Recht gegen Rechts: [www.rechtgegenrechts.org](http://www.rechtgegenrechts.org)
- DAV-Stiftung contra Rechtsextremismus und Gewalt: [www.anwaltverein.de/ueber-uns/stiftung](http://www.anwaltverein.de/ueber-uns/stiftung)
- Turn it down – Forum für Musik/Kultur/gegen Rechtsrock: [www.turnitdown.de](http://www.turnitdown.de)
- EXIT-Deutschland – Aussteigerprogramm für RechtsextremistInnen: [www.exit-deutschland.de](http://www.exit-deutschland.de)
- Bündnis Aktiver Fußballfans e.V. (BAFF): [www.aktive-fans.de](http://www.aktive-fans.de)
- Stolpersteine: [www.stolpersteine.com](http://www.stolpersteine.com)
- Schule ohne Rassismus: [www.schule-ohne-rassismus.org/](http://www.schule-ohne-rassismus.org/)
- Netz gegen Nazis: [www.netz-gegen-nazis.de](http://www.netz-gegen-nazis.de)

- Störungsmelder – Weblog gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit: [www.stoerungsmelder.org](http://www.stoerungsmelder.org)
- Aktion Noteingang in Norddeutschland: [www.noteingang-norddeutschland.de](http://www.noteingang-norddeutschland.de)

### Baden-Württemberg

- Netzwerk für Demokratie und Courage Baden-Württemberg: [www.couragebw.de](http://www.couragebw.de)

### Bayern

- Bayerisches Bündnis für Toleranz: [www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de](http://www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de)
- Bürgerinitiative für Wunsiedel und den bayrischen Raum: [www.wunsiedel-ist-bunt.de](http://www.wunsiedel-ist-bunt.de)

### Berlin

- Mobiles Beratungsteam Berlin: [www.mbr-berlin.de/](http://www.mbr-berlin.de/)
- Kampagne Noteingang: [www.kampagne-noteingang-berlin.de](http://www.kampagne-noteingang-berlin.de)

### Brandenburg

- Opferberatung in Brandenburg: [www.opferperspektive.de](http://www.opferperspektive.de)
- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Brandenburg: [www.aktionsbuendnis.brandenburg.de](http://www.aktionsbuendnis.brandenburg.de)
- Mobiles Beratungsteam Brandenburg: [www.mobiles-beratungsteam.de](http://www.mobiles-beratungsteam.de)
- Aktion Noteingang: [www.aktion-noteingang.de](http://www.aktion-noteingang.de)

### Bremen

- Jugendinfo-gegen-rechts.de: [www.jugendinfo-gegen-rechts.de](http://www.jugendinfo-gegen-rechts.de)
- Rote-bunte Karte gegen Rechts: [www.rote-bunte-karte.de](http://www.rote-bunte-karte.de)

### Hamburg

- Enough ist enough – Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein und Hamburg: [www.nadir.org/nadir/periodika/enough/](http://www.nadir.org/nadir/periodika/enough/)
- Noteingang Hamburg: [www.noteingang-hamburg.de](http://www.noteingang-hamburg.de)

### Hessen

- Mobiles Beratungsteam Hessen: [www.mbt-hessen.org](http://www.mbt-hessen.org)
- Aktiv gegen Rechts: [www.hessischer-jugendring.de](http://www.hessischer-jugendring.de)
- Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus: [www.beratungsnetzwerk-hessen.de](http://www.beratungsnetzwerk-hessen.de)
- Informations- und Kompetenzzentrum Ausstiegshilfe Rechtsextremismus: [www.ikarus-hessen.de](http://www.ikarus-hessen.de)

### Mecklenburg-Vorpommern

- Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur Regionalbüro Mecklenburg Vorpommern: [www.mbt-mv.de](http://www.mbt-mv.de)
- Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg Vorpommern: [www.lobbi-mv.de](http://www.lobbi-mv.de)
- Bürgerinitiative Bunt statt braun – Rostock: [www.buntstattbraun.de](http://www.buntstattbraun.de)
- Schüler gegen Rechts in Mecklenburg-Vorpommern: [www.sgr-mv.de](http://www.sgr-mv.de)
- Noteingang Mecklenburg-Vorpommern: [www.noteingang-mv.de](http://www.noteingang-mv.de)

### Niedersachsen

- Arbeitsstelle »Rechtsextremismus und Gewalt«: [www.arug.de](http://www.arug.de)
- Informationsportal des Aktionsbündnisses für Toleranz und Demokratie zu den rechtsextremen Aktivitäten auf dem Heisenhof in Dörverden: [www.heisenhof.info](http://www.heisenhof.info)

**Nordrhein-Westfalen**

- Mach meinen Kumpel nicht an!: [www.gelbehand.de](http://www.gelbehand.de)
- Aktion Courage: [www.aktioncourage.org](http://www.aktioncourage.org)

**Rheinland-Pfalz**

- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz: [www.beratungsnetzwerk-rlp.de](http://www.beratungsnetzwerk-rlp.de)
- Bündnis Vielfalt und Toleranz Bad Dürkheim: [www.buendnis-gegen-rechtsradikalismus.de](http://www.buendnis-gegen-rechtsradikalismus.de)
- Aktion gegen rechts der Landesregierung Rheinland-Pfalz: [www.gegen-rechts.rlp.de](http://www.gegen-rechts.rlp.de)

**Saarland**

- Toleranz-Netzwerk Saar: [www.toleranz-netzwerk-saar.de](http://www.toleranz-netzwerk-saar.de)

**Sachsen**

- Kulturbüro Sachsen: [www.kulturbuero-sachsen.de](http://www.kulturbuero-sachsen.de)
- Netzwerk Tolerantes Sachsen: [www.tolerantes-sachsen.de](http://www.tolerantes-sachsen.de)

**Sachsen-Anhalt**

- Mobile Beratung für Opfer Rechtsextremistischer Gewalt Magdeburg und Umland: [www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)
- Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt: [www.miteinander-ev.de](http://www.miteinander-ev.de)
- Kampagne gegen Rechtsextremismus des Landes Sachsen-Anhalt: [www.sachsen-anhalt-guckt-hin.de](http://www.sachsen-anhalt-guckt-hin.de)

**Schleswig-Holstein**

- Bündnis gegen Naziaufmärsche in Lübeck: [www.wir-koennen-sie-stoppen.de](http://www.wir-koennen-sie-stoppen.de)
- Verein für Toleranz und Zivilcourage in Neumünster: [www.verein-tolzi.de](http://www.verein-tolzi.de)

- Gegenwind – Zeitschrift für Politik und Kultur in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern: [www.gegenwind.info](http://www.gegenwind.info)
- Noteingang Schleswig-Holstein: [www.noteingang-schleswig-holstein.de](http://www.noteingang-schleswig-holstein.de)

**Thüringen**

- Mobile Beratung in Thüringen: [www.mobit.org](http://www.mobit.org)
- Aktionsnetzwerk Jena: [www.aktionsnetzwerk.de](http://www.aktionsnetzwerk.de)

## Autorenhinweis

**Andreas Speit**, Jg. 1966, Diplom Sozialökonom und freier Journalist. In seiner taz-Kolumne und in seinen Beiträgen für andere Zeitschriften und Online-Magazinen schreibt er regelmäßig über Neonazismus und rechte Grenzgänger. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher zum rechten Spektrum wie zuletzt »Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft« zusammen mit Andrea Röpke.

**Angelika Beer**, Jg. 1957, Grüne Europaabgeordnete aus Schleswig-Holstein. Sie engagiert sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus. In ihrer Heimatstadt Neumünster gründete sie als Reaktion auf den »Club 88« den Verein für Toleranz und Zivilcourage und hat im April 2008 die Aktion Noteingang in Norddeutschland neu gestartet. In Zusammenarbeit mit Andreas Speit hat sie 2006 die Broschüre »Rechtsextremisten in Norddeutschland« veröffentlicht.

## Impressum

Angelika Beer, MdEP  
Büro im Deutschen Bundestag  
Unter den Linden 50 / Büro 2.111  
D-11011 Berlin  
fon: 0049-30-227-70021  
fax: 0049-30-227-76017  
mail: [angelika.beer@europarl.europa.eu](mailto:angelika.beer@europarl.europa.eu)

Redaktion: Karsten Vollrath  
Fotos: Alle Fotos Otto Belina, außer S. 34 Andrea Röpke und S. 56 Thorsten Berndt  
Satz & Layout: KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH  
Druck: Bloch & Co, GmbH  
Ausgabe: Mai 2008

**Vi.S.d.P.:**

Angelika Beer, MdEP  
Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60 / ASP 08 H 240  
B-1047 Bruxelles/Belgien  
fon: 0032-2-284-5135  
fax: 0032-2-284-9135  
mail: [angelika.beer@europarl.europa.eu](mailto:angelika.beer@europarl.europa.eu)

Büro im Deutschen Bundestag  
Unter den Linden 50 / Büro 2.111  
D-11011 Berlin  
fon: 0049-30-227-70021  
fax: 0049-30-227-76017  
mail: [angelika.beer@europarl.europa.eu](mailto:angelika.beer@europarl.europa.eu)

**[www.angelika-beer.de](http://www.angelika-beer.de)**

Die Broschüre kann gegen Zahlung der  
Versandkosten in meinem Berliner Büro  
kostenlos bestellt werden.